

**60 Jahre  
SPD-Bürgerschaftsfraktion  
Hamburg (1946-2006)**



Herausgegeben von der SPD-Bürgerschaftsfraktion  
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg  
Druck und Verarbeitung: Schaltungsdienst Lange o.H.G, Berlin

## Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	4
<b>Prof. Dr. Franklin Kopitzsch</b> Universität Hamburg, Historisches Seminar, Arbeitsstelle für Hamburgische Geschichte; Mitglied der SPD-Bürgerschaftsfraktion 1991-2001 .....	6
<b>Michael Neumann</b> Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion Hamburg .....	27
<b>Hans-Ulrich Klose</b> Bundestagsabgeordneter, Erster Bürgermeister a.D. und Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion 1972-1973 .....	31
<b>Christel Oldenburg</b> Historikerin, Arbeitskreis Geschichte der SPD Hamburg .....	40
<b>Dr. Mathias Petersen</b> Vorsitzender der SPD Hamburg.....	57
<b>Anlagen</b> .....	60



## **Vorwort**

***„Denn wir müssen wissen, woher wir kommen, damit wir verstehen, wohin wir gehen.“***

Im Jahre 2006 feierte die Fraktion der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Hamburger Rathaus ihren 60. Geburtstag. Man hätte auch den 105. Geburtstag oder den 88. Geburtstag feiern können. War es doch Otto Stolten, der 1901 als erster Sozialdemokrat in die Hamburgische Bürgerschaft gewählt wurde, oder 1919 als sich erstmals eine Fraktion der Sozialdemokraten in einer wirklich demokratisch gewählten Hamburgischen Bürgerschaft konstituierte.

Da man Feste aber feiern soll, wie sie fallen, entschlossen wir uns, den 60. Geburtstag im Großen Festsaal unseres Rathauses am Freitag, dem 13. Oktober 2006 würdig zu begehen. Just an dem Tage, an dem die Bürgerschaft erstmals nach den Barbareien des von den Nazis losgetretenen Weltkrieges wieder demokratisch, frei und geheim gewählt wurde – dem 13. Oktober 1946.

Und es war ein schöner Festakt. Wir konnten neben unserem Landesvorsitzenden Dr. Mathias Petersen, Bürgermeister a.D. Hans-Ulrich Klose und die Historikerin Christel Oldenburg als Festredner gewinnen. Mein Dank gilt allen Dreien. Ihre Beiträge finden Sie in diesem kleinen Geburtstagsbuch.

Daneben hat sich Prof. Dr. Franklin Kopitzsch bereit erklärt, seine Festrede, die er anlässlich des 60jährigen Bestehens der Hamburgischen Bürgerschaft vor selbiger am 11. Oktober 2006 gehalten hat, in diesem Buch zu veröffentlichen. Dafür sei ihm auch an dieser Stelle ganz herzlich gedankt.

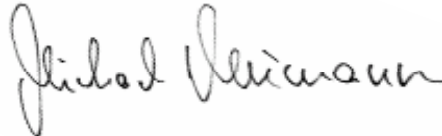
Als kleinen Mehrwert haben wir im Anhang eine Übersicht aller Senate, aller sozialdemokratischen Fraktionsmitglieder und der jeweiligen Fraktionsvorsitzenden, sowie die Wahlergebnisse aller Bürgerschafts- und Bezirksversammlungswahlen seit 1946 beigefügt.

Danken möchte ich all denen, die durch ihre Hilfe und Mitarbeit nicht nur die Geburtstagsfeier gelingen ließen, sondern auch ganz wesentlich zum Gelingen dieses Buches beigetragen haben.

Besonders möchte ich den Kolleginnen und Kollegen der parlamentarischen Informationsdienste der Hamburgischen Bürgerschaft und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meiner Fraktion danken. Namentlich unserer Geschäftsführerin Susanne Junge und unserer „Öffentlichkeitsarbeiterin“ Kathrin Flor.

Ich hoffe, dass dieses Buch dazu beiträgt, die Leistungen unserer Partei und ihrer Fraktion in den letzten 60 Jahren nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Wir haben allen Grund, stolz zu sein.

Hamburg, November 2006

A handwritten signature in black ink, reading "Michael Neumann". The signature is written in a cursive, flowing style.

Michael Neumann  
Vorsitzender der Sozialdemokraten  
in der Hamburgischen Bürgerschaft

## **Prof. Dr. Franklin Kopitzsch**

Erinnern für Gegenwart und Zukunft: Von den Anfängen der Demokratie in Hamburg.

Eine Rede aus Anlass des 60. Jahrestages der ersten freien Bürgerschaftswahl nach Gewaltherrschaft und Zweitem Weltkrieg am 13. Oktober 1946

Am 13. Oktober, vor fast genau sechzig Jahren, wählten die Hamburgerinnen und Hamburger zum ersten Mal nach dem Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und des Zweiten Weltkrieges ihr Parlament, die Bürgerschaft. Am 30. Oktober 1946 versammelte sich dann in diesem Plenarsaal die neu gewählte Bürgerschaft zu ihrer konstituierenden Sitzung. Diese Tage waren zentrale Marksteine in der hamburgischen Parlamentsgeschichte, vergleichbar dem 14. Dezember 1848, dem 6. Dezember 1859, dem 24. März 1919 und eng verknüpft mit dem 8. März 1933 und dem 27. Februar 1946, allesamt Daten, die es verdienen, stärker im historisch-politischen Bewusstsein der Hamburgerinnen und Hamburger verankert zu werden. Sie stehen für wichtige Stationen auf dem Wege zur Demokratie, der auch in Hamburg ein langer und schwieriger war. Ich freue mich, dass Sie, Herr Bürgerschaftspräsident Röder, wie Ihre Vorgänger und Vorgängerinnen den Wert der historischen Erinnerung als Teil der politischen Kultur erkennen und mit Veranstaltungen und Veröffentlichungen dazu beitragen, dass der kritische Umgang mit unserer Geschichte, die aktive Auseinandersetzung mit der Vergangenheit von der Bürgerschaft gefördert werden.

Vom 5. Oktober bis zum 4. Dezember 1848 wählten rund 50 Prozent der wahlberechtigten über 22-jährigen männlichen Staatsangehörigen die Konstituante, die Verfassunggebende Versammlung. Der Dachdecker David

Christopher Mettlerkamp, ein Veteran der Befreiungskriege und Mitbegründer des Kunstvereins, eröffnete am 14. Dezember 1848 im Haus der Patriotischen Gesellschaft an der Trostbrücke die erste Sitzung. „Gleiche politische und bürgerliche Berechtigung aller Staatsangehörigen, an diejenigen Anordnungen ihrer gesellschaftlichen Beziehungen, nach denen sie unter wechselseitigen Dienst- und Hilfsleistungen miteinander ruhig und friedlich leben wollen, ist eine unabweisbare Forderung der Vernunft und des sittlichen Wollens“ – das durchzusetzen, war nach Mettlerkamp die Aufgabe der Zeit. „Wir sollen durch Vereinfachung und Sparsamkeit in unserem Staatshaushalt auf die Verbesserung unserer Finanzen, auf die Hebung unseres Wohlstandes hinwirken; auf gerechte Verteilung der Staatslasten, auf schnelle und wohlfeile Rechtspflege, auf zweckmäßigen und vollständigen Schulunterricht, auf Hebung des Gewerbestandes, auf Sicherung jedweder individueller Freiheit innerhalb ihrer sittlichen Grenzen sollen wir hinwirken, und die dazu erforderlichen Gesetzesschränken bezeichnen“: So aktuell und modern sind zuweilen die Forderungen, die Programme der Alt-vorderen! Das Werk der Konstituante scheiterte 1849/50 an den gegenrevolutionären Kräften in der Stadt wie im Deutschen Bund und ihrem geschickten Zusammenspiel.

Erst ein Jahrzehnt später, vom 14. bis 21. November 1859, wählten die „volljährigen männlichen Hamburgischen Staats-Angehörigen“ die neue Bürgerschaft, 84 Abgeordnete wurden in allgemeiner Wahl bestimmt, 60 von den Notabeln, Bürgern, die ein Ehrenamt innehatten, gewählt, 48 von den Grundeigentümern. Bei allen Modifikationen blieb es bis zum Ende des Kaiserreichs bei der Bevorzugung dieser beiden Gruppen. Alterspräsident der konstituierenden Sitzung am 6. Dezember 1859, wiederum im Haus der Patriotischen Gesellschaft, war der Kaufmann und Reeder Robert Miles Sloman, ein gebürtiger Engländer, der 1848 einer der engagiertesten Vorkämpfer einer deutschen Flotte gewesen war. Er sah

in der neuen Bürgerschaft „das Werk des Fortschrittes, durch die öffentliche Meinung und die Tendenzen der Zeit hervorgerufen“. Die Öffentlichkeit der Verhandlungen und die „Freiheit der Diskussionen“ machten für ihn den entscheidenden Unterschied zur alten Erbgessesenen Bürgerschaft aus und waren ihm „das Palladium unserer bürgerlichen Rechte und die Mittel, durch welche wir zur Erlangung der vielen Reformen, der wir bedürfen, kommen werden.“ Erster Präsident wurde Johannes Versmann, der 1848/49 mit seinem St. Pauli-Bürgerverein und in der Konstituante für die Demokratie eingetreten war. Er erinnerte denn auch an „die vereitelten Hoffnungen, das Hin- und Herschwanken der Meinungen, die verschiedenen Parteiungen, welche unseren, gerade vor Allem ein friedliches Zusammenleben der Bürger heischenden kleinen Staat jahrelang zerklüfteten. Er erhoffte sich mit dem 6. Dezember 1859 „den Anfang einer neuen glücklichen Ära für unsere geliebte Vaterstadt“, „den Beginn einer langen Epoche inneren Friedens und äußeren Glückes!“

Vizepräsident wurde 1859 ein Hamburger Jude, Gabriel Riesser. Als einer der führenden Köpfe der Paulskirche hatte er sich schon 1848/49 große Verdienste um den Parlamentarismus und die Grundrechte der Deutschen erworben. 1861 und 1862 wählte die Bürgerschaft Isaac Wolffson zu ihrem Präsidenten. Mit ihm wurde zum ersten Mal ein jüdischer Mitbürger Präsident eines deutschen Landesparlaments. Ihm folgte von 1892 bis 1902 mit Siegmund Hinrichsen ein weiterer Hamburger Jude und um das Gemeinwohl verdienter Patriot.

Mit der Verfassung von 1860 setzte in der Tat ein Modernisierungsschub ein, bis zum Ersten Weltkrieg wurde Hamburg zur Millionenstadt, zum drittgrößten Hafen der Welt und zu einer Industriemetropole. Doch die Demokratisierung blieb stecken. 1890 gab es bei 623.000 Einwohnern 138.000 Reichstagswähler, aber nur 23.000 Bürgerschaftswähler. Nachdem 1901 und 1904 die ersten Sozialdemokraten in die nun im Rathaus

beheimatete Bürgerschaft einzogen, führte die Bürgerschaftsmehrheit 1906 gegen den Widerstand der Vereinigten Liberalen um Carl Petersen und der Sozialdemokraten um Otto Stolten ein Klassenwahlrecht ein, das der Historiker Hans Wilhelm Eckardt treffend charakterisiert hat: von nun 160 Sitzen in der Bürgerschaft stellte „die Minderheit der gut situierten Bürger 128, die Mehrheit der weniger gut verdienenden Bürger jedoch nur 24 Sitze“ – und „die Masse der Einwohner“ war „überhaupt nicht repräsentiert“. Eine Epoche „äußeren Glückes“ war die Ära nach 1859, eine des „inneren Friedens“ nicht – Sozialistengesetz und Politische Polizei, Choleraepidemie 1892, Hafenarbeiterstreik 1896/97, „Wahlrechtsraub“ 1906 markieren die Konflikte und Krisen deutlich. Viel zu spät, im Oktober/ November 1918, waren Senat und Bürgerschaft zu einer Verfassungs- und Wahlrechtsreform bereit.

Die Revolution erzwang eine grundlegende Neuordnung. Am 16. März 1919 wählten 80,6 Prozent der wahlberechtigten Männer und Frauen die neue Bürgerschaft. Alterspräsidentin wurde Helene Lange, eine der großen Vorkämpferinnen der deutschen Frauenbewegung, die seit 1916 in Hamburg lebte und am Sozialpädagogischen Institut unterrichtete. Sie gehörte der Deutschen Demokratischen Partei an. Helene Lange war am 9. April 1848 geboren worden, in jenem Jahr, in dem erstmals auch die Frauen Gleichberechtigung und politische Teilhabe gefordert hatten. In ihrer Ansprache widmete sie sich dem „Neubau“ des Staates und der zu schaffenden Verfassung als „Grundlage unseres Staatslebens, von der die überzeugende und überwindende Kraft politischer Gerechtigkeit und sozialen Geistes ausgeht“. Bei allen politischen Gegensätzen gelte es „Einheiten“ zu suchen. Die erste dieser Übereinstimmungen war für sie „die Erhaltung des wirtschaftlichen Bodens, auf dem unsere Mitbürger aller Schichten, alle Männer, Frauen und Kinder dieses Staates leben. Wir haben die Verpflichtung, ihnen die Heimat als eine Stätte zu erhalten,

die ihnen Arbeit, Entfaltung ihrer Kräfte und durch sie ein lebenswertes Dasein bietet“. Es gehe nun um „eine restlos demokratische Grundlage des neuen Staates“. Um sie zu verwirklichen, gebe es „keinen anderen Weg, als den der unbedingten Gerechtigkeit, der demokratischen Gleichberechtigung. Sie kann allein unser leitender Gedanke sein. Sonst müsste alles, was wir schaffen, schnell wieder zerfallen“. „Wir Frauen“, so erklärte Helene Lange, „bringen diesen Optimismus mit. Sonst wären wir nicht hier. Wer ein Leben lang für Ziele gekämpft hat, die bis zu allerletzt in unerreichbarer Zukunft zu liegen schienen, der bringt aus diesen Kämpfen viel Zuversicht mit zu dem, was man noch nicht sieht“. Der Anteil der weiblichen Abgeordneten betrug 1919 10,8 Prozent. Nach Rückschlägen und Stagnation stieg er erst in den achtziger Jahren deutlich und liegt heute bei rund einem Drittel.

Der erste Präsident, der Sozialdemokrat Berthold Grosse, erinnerte in seiner Antrittsrede an die jahrzehntelangen Kämpfe um das Wahlrecht und erwartete eine neue Verfassung, aufgebaut „auf dem gleichen Recht aller Staatsbürger und -bürgerinnen“. „Nicht die Bevorzugung mit Glücksgütern des Lebens, nicht 'Mehr Lohn und weniger Arbeit' – wie letzthin hier ausgesprochen wurde – soll der herrschende Gedanke sein, sondern für gleiche Leistung gleicher Anteil an den Gütern des Lebens, Freiheit und Wohlfahrt alles dessen, was Menschenantlitz trägt“.

Trotz langer politischer Stabilität und auch im reichsweiten Vergleich eindrucksvoller Aufbauleistungen gerieten die demokratischen Kräfte in Hamburg im Sog der Weltwirtschaftskrise und der zunehmenden Polarisierung und Radikalisierung in die Minderheitsposition. Die nationalsozialistische Agitation konnte an auch in Hamburg seit dem Kaiserreich stark vertretene antidemokratische und antisemitische Strömungen anknüpfen, weite Teile des alten und neuen Mittelstandes gewinnen und – dauerhafte Mahnung bis heute – große

Resonanz unter Jung- und Nichtwählern finden. In der vierten Sitzung der Bürgerschaft im Jahre 1933, am 8. März, wurde ein von großen Teilen des bürgerlichen Lagers unterstützter, von Nationalsozialisten geführter Senat gewählt. Hans Podeyn, der Fraktionsvorsitzende der SPD, hielt in dieser Sitzung eine Rede, die sich durchaus mit der von Otto Wels in der Reichstagssitzung vom 23. März 1933 vergleichen lässt. Podeyn erklärte darin:

„Wir Sozialdemokraten denken jetzt mit Stolz an die Arbeit, die unsere Vertrauensmänner im Senat geleistet haben. Niemals waren uns die Ämter das Entscheidende. Wir haben sie aufgegeben, als sie nicht mehr die Möglichkeit einer aktiven Vertretung der Volksinteressen gaben. Wir stehen jetzt in der Opposition. Wir sehen, dass uns diese Opposition durch eine rücksichtslose Machtpolitik erschwert werden soll. Mag der sozialistische Befreiungskampf dadurch gehemmt werden, bezwungen wird er nicht! Mit eindrucksvoller Klarheit hat der 5. März erwiesen, dass Millionen Arbeiter in Deutschland, 220 000 Männer und Frauen in Hamburg, unerschütterlich zur Sozialdemokratie stehen. Diese Treue, die lebendig geblieben ist trotz schwerster Verantwortung und trotz stärksten Drucks, gibt uns die sichere Gewähr, dass wir Sozialdemokraten auch die jetzt begonnene zweite Periode der Verfolgung und des Terrors überwinden werden“.

Herbert Ruscheweyh, wie Podeyn Sozialdemokrat, seit 1931 Bürgerschaftspräsident, dankte den aus dem Amt geschiedenen Senatsmitgliedern. Es war ihm „die verbindliche Pflicht menschlicher Gerechtigkeit“ anzuerkennen, „dass die scheidenden Senatoren in den schweren Jahren ihrer Amtsführung unter Einsatz ihrer ganzen Persönlichkeit das Beste für Hamburg erstrebt haben“. Die neuen Senatoren mahnte er: „Mit Ihrer Arbeit, meine sehr geehrten Herren, stehen Sie vor Hamburgs Forum nicht allein. Hamburg ist Deutschlands Ausfalltor in die Welt. Das war es. Das soll es bleiben.“

Damit stehen Sie für Deutschland ein in der Welt. Übernehmen Sie Ihr Amt vor der Bürgerschaft aus dem wahren Geist des Wortes, das in überzeitlich gewordener Sprache jeden begrüßt, der Hamburgs Rathaus betritt: Libertatem, quam pepere maiores nostri, digne studeat servare posteritas“. Solange es ihm als Präsident möglich war, trat Ruscheweyh für die Rechte des Parlaments und der Abgeordneten ein, solange es ihm als Anwalt möglich war, half er verfolgten Sozialdemokraten und Kommunisten.

Der neue Bürgermeister, der Nationalsozialist Carl Vincent Krogmann, erklärte: „Wir haben den Willen, das wieder gutzumachen, was in den letzten 14 Jahren versäumt worden ist, und hoffen, dass Gott uns die Kraft gibt. Missverständener Sozialismus, falsche Theorien undeutscher Denkender Sozialromantiker haben unsere blühende Handelsstadt in einen Trümmerhaufen verwandelt“. Im Mai 1933 wurde auch in Hamburg die Gleichschaltung vollzogen. Die neu zusammengesetzte Bürgerschaft trat am 10. Mai zusammen. Vorangegangen war ein Gottesdienst in der St. Jacobi-Kirche. In seiner Predigt huldigte Senior Karl Horn Adolf Hitler. Für ihn war er „der gottgesandte Reichsschmied unserer Tage“. Seine Zuhörer forderte er auf: „Fest bleiben in dem Werk der Erneuerung unseres Volkes bis ans Ende. Warten können, aber fest bleiben“. Das sei die Aufgabe der neuen Zeit, „in diesem Morgenrot der Freiheit“. Das Werk der vermeintlichen Erneuerung führte bis ans bittere Ende und verwandelte Hamburg in einen Trümmerhaufen, wie ihn die Stadt nie zuvor erlebt hatte.

„Von der Zerstörungswut des Regimes zeugten“, so der Historiker Frank Bajohr, „1945 Trümmer- und Leichenberge, die in der europäischen, deutschen und hamburgischen Geschichte ihresgleichen suchen. Als die britischen Truppen am 3. Mai 1945 in Hamburg einrückten, bestanden ganze Stadtteile nur noch aus Trümmerflächen, waren rund 300.000 Wohnungen und damit mehr als die Hälfte des Hamburger Wohnungsbestandes

zerstört. Hunderttausende ehemaliger Einwohner lebten als 'Butenhamburger' außerhalb der Stadt oder hausten provisorisch in Kellerwohnungen und Notunterkünften. Mehr als 100.000 Hamburger waren als Soldaten gefallen oder Opfer des Bombenkrieges geworden. Die einstmals blühende jüdische Gemeinde der Hansestadt bestand 1945 nur noch aus Rudimenten. Tausende Hamburger Juden waren in die Emigration getrieben und rund 10.000 ermordet worden. Im nahegelegenen Konzentrationslager Neuengamme hatten mehr als 50.000 Häftlinge das Kriegsende nicht überlebt, waren ermordet, durch Arbeit vernichtet oder durch elende Lebensbedingungen zugrunde gerichtet worden“. Über 4000 Menschen wurden Opfer des Mordprogramms der „Euthanasie“. Hamburgerinnen und Hamburger wurden wegen ihrer politischen oder religiösen Überzeugung, ihrer sexuellen Orientierung, als Sinti und Roma oder als vermeintlich Asoziale verfolgt, unterdrückt und ermordet. Zwanzig Mitglieder der Bürgerschaft wurden Opfer der Verfolgung. Fünf kommunistische Abgeordnete mussten in den Stalinschen Säuberungsaktionen ihr Leben lassen.

Frank Müller hat ihr Schicksal in einer Broschüre, die von der Bürgerschaft 1993 herausgegeben wurde, eindringlich beschrieben. Diese Schrift ist für die historisch-politische Bildungsarbeit inner- und außerhalb der Schulen ebenso wertvoll wie die Rede, die mein englischer Kollege und exzellente Hamburg-Kenner Richard J. Evans im vergangenen Jahr auf der Gedenkveranstaltung der Bürgerschaft sechzig Jahre nach Kriegsende gehalten hat. Die Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg hat ebenfalls vor einem Jahr das in jeder Hinsicht gewichtige Sammelwerk „Hamburg im 'Dritten Reich'“ vorgelegt, das ein differenziertes Bild jener Jahre zeichnet. Der Historiker Holger Martens hat in Kooperation mit der Arbeitsstelle für Hamburgische Geschichte der Universität Hamburg mit Studentinnen und Studenten ein Internet-Lexikon über politisch Verfolgte in Hamburg

während der NS-Zeit erarbeitet, das unter [www.politisch-verfolgte.de](http://www.politisch-verfolgte.de) der Öffentlichkeit und der Forschung zugänglich ist. Darin finden sich auch Dokumente und Informationen über Abgeordnete der Bürgerschaft, die Widerstand leisteten und verfolgt wurden. Nur wer solche Informationsquellen ignoriert, kann im Nationalsozialismus lediglich eine „beklagenswerte Entgleisung“ oder „Verirrung“ sehen.

Seit dem „Unternehmen Gomorrha“ im Juli und August 1943 zerfiel die „Volksgemeinschaft“, richteten sich die Menschen in der Trümmersgesellschaft ein und erwarteten das Ende des Krieges. „Für die Hamburger“, so erinnerte sich Helmut Schmidt im Mai 1995, „war der Mai 1945 vor allem anderen eine Erlösung. Eine Erlösung aus der Angst vor dem Tode, aus der Angst vor der Gestapo. Eine Erlösung auch aus der Schizophrenie unseres eigenen Verhaltens während der Nazizeit und während des Krieges. Jahrelang hatten wir einerseits – gleich ob zivile Bürger oder ob Soldaten – in unserer großen Mehrheit die Befehle der Obrigkeit befolgt, obgleich wir andererseits uns nachts zunehmend der Hoffnung auf eine Niederlage Deutschlands und auf ein baldiges Ende hingegeben haben. Man kann diese Schizophrenie eine Tragödie des Pflichtbewusstseins der Deutschen nennen. Des Pflichtbewusstseins gegenüber Staat und Regierung. Zu welchem Pflichtbewusstsein wir Deutschen über Generationen hinweg viel stärker erzogen worden sind – und das begann schon im 18. Jahrhundert – als zur persönlichen Entscheidung und zur politischen Verantwortung“.

Die Frauen und Männer, die in jenen Monaten den Neubeginn des politischen Lebens wagten, die ungeachtet oft tiefer Enttäuschungen über das Ende und den Untergang der Weimarer Republik, ungeachtet oft schmerzlicher Erfahrungen mit Verfolgung und Unterdrückung bereit waren, die Demokratie von neuem in Deutschland zu verankern, bewiesen, wie die Bürgerschaftspräsidentin Ute Pape vor zehn Jahren schrieb,

„Mut, Mut zur Gestaltung, Mut zum Engagement. Das, was Bürgerinnen und Bürger unter schwierigsten Lebensumständen an zusätzlicher Belastung auf sich genommen haben, sollte uns Vorbild sein, die wir uns den täglichen Kampf ums Überleben kaum noch vorstellen können“.

Am 27. Februar 1946 fand, einberufen durch die britische Militärregierung, die erste Sitzung der Ernannten Bürgerschaft statt. Generalleutnant Sir Evelyn Barker, der Militärgouverneur von Schleswig-Holstein und Hamburg, dankte Bürgermeister Rudolf Petersen und der Verwaltung für ihre Arbeit, erinnerte an die Verantwortung der Nationalsozialisten für die „Ungeheuerlichkeiten“ ihres Regimes, für Zerstörung und Elend. Nun gelte es die Selbstverwaltung zu erneuern, die in Hamburg seit 1529 praktiziert worden war, 1906 einen Rückschlag erfahren hatte und 1921 in der Verfassung verankert und 1933 von den Nationalsozialisten beseitigt worden war. Als Präsident amtierte dann Herbert Ruscheweyh, der von Bürgermeister und Senat mit Genehmigung der Militärregierung mit dieser Aufgabe betraut worden war. In seiner Person verkörperten sich Kontinuität und Neuanfang des parlamentarischen Lebens in Hamburg: „Als letzter legaler Präsident unseres hamburgischen Parlaments soll ich die Verbindung von unserer geschichtlich entwickelten republikanischen Verfassung zu dem jetzt nach dreizehnjähriger Unterbrechung neu anhebenden demokratischen öffentlichen Leben knüpfen und als Richter dieser Stadt soll ich an dieser Stelle bekunden, dass Recht und Gesetz und ihre von aller Parteilichkeit freie Anwendung die Grundlage unseres neuen Staatslebens sein sollen“.

Ruscheweyh erinnerte an die Bürgerschaftssitzung vom 8. März 1933 und die Versprechungen Bürgermeister Krogmanns:

„Und was ist daraus geworden? Wir alle haben es miterlebt und sehen es jeden Tag aufs neue. Ganze Teile

der Stadt sind in Schutt und Asche gelegt, die Einwohner haben das Letzte verloren, der Hafen ist zerstört, unsere Schiffe sind versenkt, verbrannt oder im Kriege aufgebracht, unsere Lebensgrundlage ist nahezu vernichtet.

Aber weit schlimmer als dieser Verlust ist die Zerrüttung der Seelenkräfte unseres Volkes. Korruption, niedere Gesinnung und ein erschütternder Mangel an aufrechtem selbständigem Urteilsvermögen haben Eingang in den Charakter unseres Volkes gefunden“.

Dennoch gelte es, den Neuanfang zu wagen. „Ich hab's gewagt', darf jeder von Ihnen sagen. Dank und Achtung Ihrer Mitbürger gebühren Ihnen und Ihren vielen Mitarbeitern in der Verwaltung unseres Gemeinwesens. Denn ich nehme an, dass keiner aus Ehrgeiz oder Eitelkeit in dieser Zeit ein öffentliches Amt übernimmt“. „Wahrer Vertreter seines Volkes zu sein“, so Ruscheweyh weiter, „kann nur beanspruchen, wer bescheiden in sich ruht, demütig gegenüber den ewigen Mächten. Wenn diese Charaktergrundlagen den ersten und den letzten Staatsdiener erfüllen, wird auch unsere Stadt sich aus ihrem Niederbruch wieder erheben. Erinnern wir uns doch der ersten Stunden nach jedem Fliegerangriff auf die Stadt. Mit welcher fast gleichmütigen Emsigkeit ging jeder daran, die entstandenen Schäden auszubessern und zu helfen, wo er nur konnte. Das hat mit dem Nationalsozialismus gar nichts zu tun, sondern nur mit der Hilfsbereitschaft, die dem Hamburger vom alten Schlage zu eigen ist“.

Am 8. März 1946 trat die Ernante Bürgerschaft zu ihrer zweiten Sitzung zusammen. Zu Beginn gedachte Präsident Ruscheweyh der Toten und der Opfer: „Bevor Sie Ihr Haus konstituieren und Ihre sachlichen Beratungen aufnehmen, ist es uns allen ein verpflichtendes Bedürfnis, der Männer, Frauen und Kinder unserer Stadt zu gedenken, die ihr Leben im Kriege oder als Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gelassen haben. Wenn ein Volk seine siegreich aus einem gerechten

Krieg heimkehrenden Truppen begrüßt, ist es leicht, ein echtes Trostwort für die Hinterbliebenen der Gefallenen zu finden. Wir aber müssen uns und der Welt gestehen, dass die damalige Regierung und die hinter ihr stehende Partei das deutsche Volk und unser Land freventlich wider göttliches und menschliches Recht in diesen Krieg geführt haben. Um so ernster ist unsere Ehrfurcht vor den Toten des Krieges, um so stärker verpflichtet uns die stumme Mahnung, all der mutigen, der aufrechten Männer und Frauen, die im Kampf gegen die nationalsozialistische Gewalt ihr Leben hingegeben haben. Möge Sie diese Gesinnung bei Ihren Beratungen leiten. Dann ist das Opfer unserer Toten nicht umsonst gegeben“.

Einstimmig wählte die Ernante Bürgerschaft Adolph Schönfelder zu ihrem Präsidenten. Der Sozialdemokrat war damals 70 Jahre alt. Der gelernte Zimmermann hatte der Bürgerschaft seit 1919 angehört und sich zunächst der Schulreform und der Gründung der Universität gewidmet. Von 1921 bis 1926 führte er den Zentralverband der Zimmerer. 1925 war er Senator geworden, zuständig zunächst für die Baubehörde, von 1926 bis 1933 als „Polizeiherr“ für die Polizei. Auch an der hamburgisch-preußischen Zusammenarbeit wirkte er mit. Als Zweiter Bürgermeister gehörte er seit 1945 wieder dem Senat an und war am Neuaufbau der Verwaltung entscheidend beteiligt. Nun wurde er in einer für Hamburg einmaligen und einzigartigen Kombination zugleich Parlamentspräsident. Seine große Liebe gehörte zeitlebens der Kunst und Kultur, vor allem der Staatsoper. Nach seiner Wahl erklärte Schönfelder:

„Ich übernehme dieses Amt nur zögernd und nicht leichten Herzens. Wir befinden uns in bitterster Notzeit. Ich fürchte, dass wir noch nicht am tiefsten Grunde unserer Not angelangt sind. Ich fürchte vielmehr, dass uns Monate bevorstehen, wie sie eine Generation wohl kaum jemals erlebt hat. Es ist meine Ansicht: Wenn sich jetzt nicht alle deutschen Männer eng zusammentun und sich über Parteien, über Meinungsverschiedenheiten,

über Rasse, Religion hinweg die Hände reichen zu einer wahren Hilfsgemeinschaft, dann wird unser Volk zugrundegehen. Ich bitte Sie alle hier in der Bürgerschaft, mit ernstem Willen diese Notgemeinschaft aufzurichten. Ich jedenfalls bin gewillt, in diesem Geiste die Verhandlungen zu führen. Ich bitte sie dafür um Ihre Nachsicht und um ihre Unterstützung“.

Der neue Präsident dankte dann dem Vorgänger Ruscheweyh, den er selbst für diese Aufgabe vorgeschlagen hatte. Neue Forschungen von Holger Martens haben ergeben, dass der Sozialdemokrat und Widerstandskämpfer Gustav Dahrendorf „im Zuge der Vorbereitung des Attentats vom 20. Juli 1944 örtliche Vertrauensleute über den geplanten Staatsstreich unterrichtete“ und sich in Hamburg an Ruscheweyh und Schönfelder wandte. Vor kurzem ist eine Biographie Ruscheweyhs erschienen, eine mit Recht ausgezeichnete Dissertation aus der Feder von Daniel Ihonor mit dem treffenden Untertitel „Verantwortung in schwierigen Zeiten“.

Magda Langhans von der KPD, die bereits von 1931 bis 1933 der Bürgerschaft angehört und danach Widerstandsarbeit geleistet hatte, wurde zur Zweiten Vizepräsidentin gewählt. Sie nahm die Wahl mit dem Hinweis an, „dass in diesem Haus wohl zum ersten Male eine Frau mit in das Präsidium gewählt ist. Es erfüllt mich mit besonderer Genugtuung, dass auch die neue Demokratie erkannt hat, dass die Frauen heute nicht mehr abseits stehen dürfen beim Neuaufbau unseres neuen Deutschlands“. Magda Langhans starb 1987.

Seit diesem Jahr haben vier Präsidentinnen der Bürgerschaft vorgestanden. Damit ist das Hamburger Parlament zu einem Vorbild bei der Gleichberechtigung auch in Spitzenämtern geworden. Am 8. Oktober 1946 beendete die Ernannte Bürgerschaft ihre Arbeit. Max Ketels von der CDU dankte im Namen aller Fraktionen dem Präsidenten, der wiederum an seine Antrittsrede erinnerte

und betonte, dass sich das Parlament in der Tat als „eine wahre Hilfsgemeinschaft erwiesen“ habe. Er erneuerte seinen Appell an die Besatzungsmächte und die Welt, dem deutschen Volk zu helfen. „Der deutsche Ungeist hat Krieg und Not über die Welt gebracht“. Doch der deutsche Geist habe in der Forschung, in den Künsten „unendlich Schönes der ganzen Welt gegeben“. Daran gelte es anzuknüpfen, um „uns wieder nach oben zu arbeiten und den deutschen Namen in der Welt wieder zu Ehre und Ansehen zu bringen. „Ich darf behaupten, dass diese Bürgerschaft ihre Verhandlungen in diesem Geiste geführt hat. Und ich darf weiter behaupten, dass verantwortungsbewusste deutsche Männer und Frauen wohl in der Lage sind, unter eigener Verantwortung ihre Angelegenheiten selbst zu ordnen, dass keinerlei Misstrauen der Besatzungsmacht berechtigt ist“.

Am 13. Oktober 1946 fand die erste freie Bürgerschaftswahl seit dem 24. April 1932 statt. Damals hatten sich 80,5 Prozent der Wahlberechtigten beteiligt, nun waren es 79 Prozent. Das Mehrheitswahlrecht mit Reststimmenausgleich führte dazu, dass die SPD mit 43,1 Prozent der Stimmen 83 Mandate erhielt, während die CDU mit 26,7 Prozent nur 16, die FDP mit 18,2 Prozent 7, die KPD mit 10,2 Prozent 4 Mandate erreichten. Am 30. Oktober trat die Bürgerschaft zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Alterspräsident war der CDU-Abgeordnete Johannes Reinhard, der vom Alldeutschen Verband und der Deutschnationalen Volkspartei einen weiten Weg zur Demokratie zurückgelegt hatte. Er wies kurz auf die Folgen des Wahlrechts hin und erklärte dann: „Um so mehr steht vor uns die Aufgabe, in echter demokratischer Haltung unsere Arbeit zu tun, dass die wertvollen Kräfte im Volke, die zum Aufbau nötig sind, sich auch entfalten können“. Einstimmig wählte das Parlament Schönfelder zum Präsidenten. Reinhard sah darin die Anerkennung seines Wirkens in der Ernannten Bürgerschaft „mit zähem Fleiß, mit Gerechtigkeit, mit sachlichem Ernst, aber auch gelegentlich mit befreiendem Humor“. Die „erste

Sorge“, so Schönfelder, müsse „der Not des Volkes“, der Überwindung von Hunger und Kälte, gelten. Er appellierte einmal mehr an die Besatzungsmacht und die Welt: „Ein im Elend versunkenes Deutschland wird auch dem übrigen Europa weder Glück noch Frieden bringen. Nur ein zur Arbeit fähiges Volk kann seine Pflicht gegenüber einer friedlichen Welt erfüllen“. Schönfelder bekannte sich zur deutschen Einheit, zu einer Vertretung des deutschen Volkes auf zentraler Ebene, zur Eigenständigkeit Hamburgs, zur Beibehaltung der Deputationen, zur Selbstverwaltung auch im kommunalen Bereich und zur Fortführung der „Denazifizierung“. Erster Vizepräsident wurde der CDU-Abgeordnete Franz Beyrich, der dieses Amt als Vertreter des Zentrums bereits 1932/33 inne gehabt hatte, und nun erklärte: „Es ist mir eine Genugtuung, einen Platz wieder zu übernehmen, den ich 1933 räumen musste.“

Am 22. November trat die Bürgerschaft im Großen Festsaal des Rathauses zusammen, um die in der Sitzung am 15. November gewählten Senatoren zu vereidigen. Präsident Schönfelder wies darauf hin, „dass hier zum ersten Male nach 13 Jahren in einem deutschen Lande eine vom Parlament gewählte Regierung in ihr Amt eingeführt wird“. Er erinnerte noch einmal an Krogmanns Versprechungen vom März 1933 und an das von den Nationalsozialisten hinterlassene Chaos. Nun gelte es, den „Neuaufbau“ zu wagen, neuen „Hanseatengeist“ lebendig werden zu lassen. Zivilgouverneur Henry Vaughan Berry betonte in seiner Rede die große Genugtuung, den Hamburgerinnen und Hamburgern mit den freien Wahlen ein demokratisches Grundrecht wiedergegeben zu haben. Stärkere Förderung wünschte er sich für die Universität Hamburg, aus der einer „der großen geistigen Mittelpunkte des westlichen Europas“ werden sollte. Ausdrücklich dankte er den Bürgermeistern Petersen und Schönfelder für ihre Arbeit am Bau des Fundamentes einer demokratischen Gesellschaft.

Max Brauer, der neue Erste Bürgermeister erklärte in seiner programmatischen Rede: „Hitlers Sieg würde die Vernichtung der Humanität und jeder echten Gesittung bedeutet haben“. Er fügte hinzu: „Und erkennen wir auch dieses Andere: Wir allein haben das Übel des Nationalsozialismus nicht zu überwinden vermocht! Wir haben der Sieger harren müssen, die uns von unserem schlimmsten Feind befreien“.

„Wir rücken immer wieder voller Abscheu ab von den grauenvollen Verbrechen, die der Nationalsozialismus an den Juden und an Millionen Andersdenkender begangen hat. Das war schlimmer als ein Rückfall in finsterstes Mittelalter. Gerade Hamburg ist auf dem Gebiet der Wohltätigkeit, der Künste und Wissenschaften, des Handels und der Wirtschaft erfüllt von Zeugnissen großer Leistungen, die jüdische Mitbürger in Jahrhunderten in unserer Stadt vollbracht haben. Die Namen von Max Warburg, Albert Ballin, Heinrich Hertz, Mendelssohn-Bartholdy und Ernst Cassirer werden niemals der Vergessenheit anheim fallen. Sie sind die Mitträger des Ruhmes unserer Stadt“.

Ich möchte dem heute hinzufügen: Dies gilt auch für die jüdischen Mitbürger, die sich um das Parlament und das politische Leben große Verdienste erworben haben: Gabriel Riesser, Isaac Wolffson, Anton Rée, Siegmund Hinrichsen, den Sozialdemokraten Herbert Pardo, der in der Emigration überlebte, und den Demokraten Max Eichholz, der in Auschwitz ermordet wurde. Sie alle werden gewürdigt in dem in diesem Jahr erschienenen, vom Institut für die Geschichte der deutschen Juden herausgegebenen Lexikon „Das Jüdische Hamburg“ und in der „Hamburgischen Biografie“.

Wie Schönfelder bekannte sich auch Brauer zur Selbstständigkeit Hamburgs. „Drei Elendsquellen“ gelte es angesichts des bevorstehenden Winters zu begegnen: Hunger, Wohnungsnot, Kälte und Brennstoffmangel.

Brauer entwarf mit dem Wissen des erfahrenen Kommunalpolitikers und ehemaligen Oberbürgermeisters von Altona, mit den in Frankreich, China und den Vereinigten Staaten von Amerika erworbenen Kenntnissen und Einsichten, mit Freimut gegenüber der Besatzungsmacht wie den eigenen Landsleuten das Konzept eines Neuaufbaus der Stadt. Auch er bezog ausdrücklich die Universität ein:

„Ein Lichtblick möge uns auch immer mehr unsere Universität werden. Der gute Ruf, den unsere junge alma mater bis 1933 errungen hatte, wurde verdunkelt, als manche ihrer wertvollsten Kräfte der Lehrstühle beraubt wurden.

Wir wollen hohe Ansprüche an unsere Universität und unser kulturelles Leben stellen, wir wollen mit der falschen reaktionären Geschichtsauffassung Schluss machen und uns der wahren Freiheit des Geistes freuen“. „Nüchternen Sinnes und heißen Herzens, voll der Leidenschaft, die Not zu wenden, wollen wir einig zusammen stehen. Als Sohn des Hamburger Volkes rufe ich jeden von Ihnen auf, alle Kräfte für unsere Stadt und ihre Zukunft bereitzustellen, der auch wir uns alle mit letzter Hingabe widmen werden“.

In dieser Haltung arbeiteten der von der SPD, FDP und bis 1948 auch von der KPD gebildete Senat, dem mit Paula Karpinski erstmals auch eine Frau angehörte, und die Bürgerschaft zusammen. Es gelang mit dem größten Kraftaufwand, die von Brauer und Schönfelder vorausgesagte Herausforderung des Winters 1946/47 zu bestehen und den Wiederaufbau voranzutreiben. Erich Lüth, damals Senatssprecher, und Kurt Sieveking, als Senatssyndikus enger Mitarbeiter Brauers, haben diese Zeit eindrucksvoll beschrieben. Zivilgouverneur Berry ordnete an, auch die Büros der Besatzungsmacht nicht zu heizen. Bei allen Konflikten, die es zwischen britischen und hamburgischen Behörden gab, waren es solche Gesten und die Bereitschaft, von einander zu lernen,

die Grundlagen der europäischen Verständigung und Einheit schufen. Auch für die Arbeit der ersten gewählten Nachkriegsbürgerschaft gilt, was unser ehemaliger Kollege, der Historiker Walter Tormin, der Ernannten Bürgerschaft bescheinigte: „Sie hat die Nöte der Bürger öffentlich artikuliert und sich bemüht, die schlimmsten Folgen der Gewaltherrschaft und des Krieges wenigstens zu mildern. Sie hat politische Grundsatzen kontrovers diskutiert und damit Formen und Inhalte demokratischer Meinungsbildung vorgeführt. Sie hat zur Klärung der politischen Fronten in Hamburg beigetragen, und sie hat den Hamburgerinnen und Hamburgern, insbesondere den Jüngeren, die das nie erlebt hatten, praktisch demonstriert, wie in einer Demokratie Entscheidungen zustande kommen“.

Neben Bürgermeister Brauer und seinem Senat waren auch die Parlamentarier am Wiederaufbau Hamburgs und der Neugestaltung des politischen Lebens beteiligt, Ältere wie Adolph Schönfelder und sein früherer Senatskollege Paul de Chapeaurouge, die Hamburg 1948/49 im Parlamentarischen Rat vertraten und das Grundgesetz mitgestalteten, Jüngere wie Erich Klabunde, Erik Blumenfeld und Edgar Engelhard, Frauen wie Martha Damkowski, Magda Hoppstock-Huth und Elisabeth Ostermeier. Schönfelder blieb bis 1960 Bürgerschaftspräsident. Als er 1966 starb, würdigte ihn Herbert Dau, der ihm nachgefolgt war und das Amt bis 1978 wahrnahm: „Er suchte politische, soziale und menschliche Harmonie, mit anderen Worten: Gerechtigkeit für jedermann“. „In ihm vereinigen sich Schlichtheit und Würde, freiheitlicher Bürgersinn, menschliche Güte und ein alle Gegensätze immer glättender Humor“.

Was vor sechzig Jahren begann, trägt bis heute Früchte. Wenn die Bürgerschaft 2009 auf 150 Jahre parlamentarischer Arbeit in Hamburg zurückblicken kann, sollte eine Bilanz der Zeit seit 1946, des Wandels vom Feierabendparlament zu einem modernen Landesparlament, das sich durch hohen Arbeitseinsatz, die Ver-

bindung der Abgeordneten mit dem Alltags- und Berufsleben und durch eine vernünftige Diätenregelung ausgezeichnet, gezogen werden. Bei allem berechtigten Stolz auf das Geleistete bleibt die Demokratie immer wieder auf kritische Bestandsaufnahmen angewiesen. Herbert Dau hat dazu 1971 im Vorwort zu Erich Lüths Darstellung „Die Hamburger Bürgerschaft 1946-1971. Wiederaufbau und Neubau“ einen noch heute lesens- und bedenkenswerten Beitrag geliefert. Dau hielt es für überlebenswichtig, dass das „Wahlvolk mehrheitlich in den Stand“ versetzt wird, „seine Wahl nach Gründen der Vernunft zu treffen und sie nicht als Schönheitswettbewerb aufzufassen“. Was würde er heute angesichts der Personalisierung, ja Boulevardisierung von Politik sagen?

Parteien haben eine große Verpflichtung, über den Köpfen nicht die Programme und Sachthemen zu vernachlässigen. Politik ist in Gefahr, Teil seichten und oberflächlichen Entertainments zu werden. Hinzu kommt das permanente Schielen auf nicht selten fragwürdige demoskopische Ergebnisse. Politische Führung, das zeigen Persönlichkeiten wie Brauer und Schönfelder, darf sich nicht erschöpfen im Moderieren, Koordinieren und Krisenentschärfen. Politische Führung setzt konzeptionelle Kraft und das Zusammenführen der Ressorts und der Ressourcen voraus. Männer wie der Kaufmann und Aufklärer Georg Heinrich Sieveking und der Senator und Bürgermeister Amandus Augustus Abendroth haben schon 1791 und 1814 an „kleinlicher Autoritätssucht“ und an „Departements-Geist“ – am besten als eine Mischung von eigensüchtigem Ressortdenken, unreflektiertem Festhalten am Herkommen und Schlendrian zu charakterisieren – scharfe Kritik geübt. Solchen Missständen muss politische Führung begegnen, ihnen muss die besondere Aufmerksamkeit der Parlamentarier gelten. In der Zivilgesellschaft kann der Parteisoldat nicht der ideale Abgeordnete sein. Eigenständigkeit des Denkens, Erkennen von Zusammenhängen, von Ursachen und Wirkungen, Übereinstimmung von politischer Haltung

und politischem Handeln, Kritikbereitschaft und die Fähigkeit zur Kontrolle von Regierung und Verwaltung sind die Eigenschaften, die auf Dauer für den Fortbestand und die Weiterentwicklung der parlamentarischen Demokratie entscheidend sind.

Der Politikwissenschaftler Claus Leggewie hat kürzlich in der Wochenzeitung „Die ZEIT“ mit selbstkritischem Blick auf sein Fach und die politische Praxis folgendes Resümee gezogen:

„Reform und Demokratie sind kein Gegensatz, aber Reformen ohne (mehr) Demokratie sind nichts. Die Planungsphilosophie hat den Akzent zu stark auf den ‚Output‘ gelegt, also auf die Effizienz von Regierung und Verwaltung. Eine an demokratischer Beteiligung orientierte Politikwissenschaft ist näher beim Bürger und würdigt stärker dessen ‚Input‘. Wenn die Effizienz der staatlichen Exekutiven und die Glaubwürdigkeit von Parteien, Verbänden und selbst Nichtregierungsorganisationen leiden, müssen Risikogesellschaften neue Formen und Arenen reflexiver Selbstorganisation schaffen. Die Große Koalition hat die Kluft zwischen den Erwartungen der Bürger und der Leistungsfähigkeit der Eliten noch verstärkt, und Mecklenburg-Vorpommern zeigt als jüngstes Beispiel, wie weit der Zweifel an der Demokratie schon reicht. Äußere Bedrohungen kommen hinzu. Für die Demokratie, wie wir sie kennen, wird es ungemütlich.“

Parteien und Parlamente müssen aus meiner Sicht alles ihnen Mögliche tun, um wieder zu Foren und „Arenen reflexiver Selbstorganisation“ zu werden. In der Wissens- und Informationsgesellschaft muss es mehr Transparenz, mehr Mitbestimmung geben, muss Demokratie zur Lebensform werden. In diesen Zusammenhängen steht die Bürgerschaft vor zwei großen Herausforderungen. Zum einen wird sie über ein neues Wahlrecht zu entscheiden haben, für das sich die Hamburgerinnen und Hamburger ausgesprochen haben. Sie sollte sich diese Entscheidung nicht leicht machen, eventuelle Ände-

rungen bedürfen einsichtiger und überzeugender Argumente.

Die Bürgerinnen und Bürger, das zeigen jahrzehntelange Erfahrungen in Süd- und Südwestdeutschland, sind sehr wohl in der Lage, Personal- und Listenvorschläge der Parteien zu bewerten und zu gewichten. Ich bin überzeugt, dass es in der politischen Intelligenz und staatsbürgerlichen Verantwortung kein Nord-Süd-Gefälle gibt. Auch aus der Sicht des Historikers ist es im übrigen ein erheblicher qualitativer Unterschied, ob die Bürgerschaft über ein Votum der Bürgerinnen und Bürger zu einer Sachfrage oder über das Wahlrecht befindet. Wahlrechtsfragen, das wussten schon Bismarck und Lassalle, sind Machtfragen. Zum demokratischen Stil – dies mein Rat – gehört allerdings in solchen Fragen der größtmögliche Konsens.

Zweitens wird die Bürgerschaft ein Forum, eine Arena sein müssen für die erfreulicherweise von den Parteien derzeit erarbeiteten, auf die ganze Stadt – und hoffentlich auch auf die Metropolregion Hamburg – bezogenen Konzepte der „Wachsenden Stadt“, der „Menschlichen Metropole“ und der „Kreativen Stadt“. Die offene Auseinandersetzung mit solchen Konzepten ist eine große Herausforderung und Chance für Senat und Bürgerschaft, Parteien und Fraktionen, eine Chance, auch externen Sachverstand einzubeziehen!

Noch immer gilt, was Helmut Schmidt 1962 in seinem legendären, anonym in der Zeitung „Die WELT“ erschienenen Appell an die Hanseaten schrieb:

„Diese Stadt beherbergt ein unglaubliches Reservoir an weltweiter Erfahrung, an geistigem Potential, an realistischer Fähigkeit zur Kalkulation, an Toleranz und Prinzipientreue, an Weitblick und Wagemut.“ An der Politik ist es, dies Potenzial zu nutzen.

## **Michael Neumann**

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
liebe Freunde,  
meine sehr geehrten Damen, meine Herren,

beim Versuch heute alle unsere Gäste protokollarisch korrekt zu begrüßen übernehme ich mich – so viele Bürgerschaftspräsidenten, Erste Bürgermeister, Fraktionsvorsitzende, Senatoren, Bürgerschaftsabgeordnete, Staatsräte waren wohl selten hier versammelt.

Ich freue mich einfach, dass Sie alle heute hier sind, um mit uns den 60. Geburtstags – den 60. Nachkriegsgeburtstag der Fraktion der Sozialdemokraten hier im Hamburger Rathaus zu feiern. Herzlich willkommen!

Natürlich haben wir nicht Otto Stolten und seine Genossen vergessen, die in der schweren Zeit des Bismarck-Reiches den Grundstein für die „rote“ Stadt Hamburg gelegt haben.

Und auch Max Leuteritz der von 1919 bis 1928 und Hans Podeyn der bis 1933 Vorsitzender der Sozialdemokraten in der Hamburgischen Bürgerschaft war, sind wichtige Teile unserer stolzen Geschichte. Sind sie und ihre Arbeit doch das Fundament, auf dem 1947 aufgebaut wurde. Auf dem auch wir heute aufbauen.

Heute jedoch vor 60 Jahren – am 13. Oktober 1946 wählte Hamburg erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg wieder eine demokratische Bürgerschaft.

Zuvor hatte sich am 27. Februar 1946 die so genannte „Ernannte Bürgerschaft“ konstituiert. Der damalige Alterspräsident Herbert Ruscheweyh stand an diesem Rednerpult – an dem ich heute stehen darf – und richtete seine mahnende Worte an die „ernannten“ Abgeordneten.

Und dass dieser Tag, der 60. Geburtstag unserer Fraktion etwas ganz besonderes sein muss, wird auch dadurch deutlich, dass das Hamburger Polizeiorchester unsere „alten“ Lieder für uns spielt.

Auch dafür einen ganz herzlichen Dank an unsere Hamburger Polizei.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
meine sehr geehrten Damen, meine Herren,

Hamburg vor sechzig Jahren. Das können sich viele, das wollen sich aber auch manche nicht mehr vorstellen.

Und auch das Aufzählen der nackten Zahlen von Tod und Zerstörung bringt nicht zum Ausdruck, wie und unter welchen Umständen die Menschen damals leben mussten.

Es macht aber auch deutlich, was wir in den letzten sechs Jahrzehnten geleistet haben. Es ist die Grundlage dafür, heute stolz auf unsere Stadt, aber auch stolz auf unsere Arbeit zu sein.

Denn Hamburg ist nicht trotz, sondern aufgrund sozialdemokratischer Politik zu dieser wundervollen, schönen Stadt geworden.

Ich möchte zwei Bemerkungen zu den Anfangsjahren der Fraktion machen, die – so glaube ich – uns auch heute noch helfen können.

#### I.

Wir haben in den letzten Wochen und Monaten, ja eigentlich Jahren immer wieder über die Einführung von Wahlkreisen gestritten. 1946 gab es 21 Wahlkreise. Und 84 Abgeordnete wurden dort gewählt, 26 Abgeordnete über eine Landesliste.

Anfangs bestanden die Briten darauf, dass nur die Namen auf dem Stimmzettel stehen durften, doch immerhin gelang es den Parteien, zumindest in einer Klammer dahinter die Partei zu vermerken.

Die Reihenfolge wurde durch das Alphabet bestimmt. Da hatte man als Brauer Glück, als Zuckerer hätte man Pech gehabt.

Wir sehen also, Mehrmandatswahlkreise hatten wir in unserer Stadt schon einmal. Und das Ergebnis konnte sich auch sehen lassen: Wir gewannen 1946 alle 84 Direktmandate in den Wahlkreisen.

Nehmen wir dieses Ergebnis als Ziel für die nächste Bürgerschaftswahl. Dann können die Kollegen der CDU – Sie mögen mir diese aktuelle Bemerkung verzeihen – soviel am Wahlrecht ändern wie sie wollen.

Aber, Max Brauer war aus einem ganz anderen Holz, als es Bürgermeister heute zu sein scheinen. Er war unbefangen und selbstkritisch genug, offen zuzugeben:

***„Unser Sieg war zu groß! Der Wahlmodus verhindert die Entfaltung einer arbeitsfähigen Opposition, die nicht zu entbehren ist.“***

## II.

Stichwort Opposition. In diese wurden wir mit der Bürgerschaftswahl 1953 geschickt. Der so genannte Hamburg-Block aus Christlich-Demokratischer Union (CDU), Freien Demokraten (FDP) und Deutscher Partei (DP) erreichte 62 Mandate und stellten damit den Ersten Bürgermeister.

Sicherlich gab es verschiedene Gründe für den Machtverlust. Sei es der berühmt berüchtigte „Hanseat“, vielleicht auch die eine oder andere sachpolitische Frage oder Entscheidung.

Nennen möchte ich – natürlich ohne tieferen Hindergrund – die Entscheidung für die Einführung der sechsjährigen Grundschule.

Walter Tormin hat mir in der Nachschau in diesem Zusammenhang einen, so glaube ich, damals, vielleicht auch heute noch wichtigen Satz gesagt:

***„Reformen in der Bildungspolitik sind nur erfolgreich, wenn sie auf der Akzeptanz der Menschen aufbaut.“***

Doch nun genug der Tagespolitik. Lassen Sie uns unseren Geburtstag feiern.

Ich freue mich, dass Sie alle, dass Ihr alle heute den Weg in die Gute Stube unseres Rathauses gefunden habt. Bedanke mich bei all den guten Geistern der Fraktion und des Rathauses für die Hilfe bei der Vorbereitung.

Schließen möchte ich meine Begrüßung mit Sätzen, die Max Brauer im Oktober 1946 fand. Sie galten damals, sie gelten noch heute:

***„Wir sind stolz auf das, was wir Sozialdemokraten (...) geleistet haben. Aber alles, was erreicht wurde, ist uns nicht leicht in den Schoß gefallen. Wir mussten (und müssen) unsere Ellenbogen mächtig gebrauchen.“***

Vielen Dank.

## Hans-Ulrich Klose

Es ist ein seltsames Gefühl, im Hamburger Rathaus zu stehen und über die Vergangenheit zu reden, als Zeitzeuge, wenn man so will. Seltsam, weil ich noch immer politisch aktiv bin, also nach vorn blicke statt zurück, und deshalb Schwierigkeiten habe, den Wechsel der Perspektive zu akzeptieren. Dazu kommt, dass ich nur ausschnittsweise als Zeitzeuge auftreten kann. Nach Hamburg bin ich im Herbst 1957 gekommen, parteipolitisch aktiv bin ich seit 1964, Mitglied der Hamburger Bürgerschaft wurde ich erstmals 1970. 1983 bin ich aus der Landespolitik ausgeschieden, zu Fragen der Hamburger Landes- und Kommunalpolitik habe ich mich danach nicht mehr oder nur ganz selten geäußert: aus Gründen der „nachwirkenden Solidarität“ mit den Akteuren im Rathaus.

Zu den ersten Nachkriegsjahren und zu den ersten Jahren von Max Brauers „Regentschaft“ kann ich daher aus eigenem Erleben nichts sagen. Diese Jahre habe ich in Bielefeld verbracht, wohin es die Familie nach der Vertreibung aus Schlesien verschlagen hatte. Dort erlebten wir auch den bitterkalten Hungerwinter 1946/47, den Erich Lüth, früher Pressesprecher des Senats, in seinem Buch „Max Brauer – Glasbläser, Bürgermeister, Staatsmann“ beschreibt. Die Kohleförderung an der Ruhr war niedrig und reichte nicht vorn noch hinten.

Die Versorgungsbetriebe auch in Hamburg mussten ihre Leistungen drosseln, die durch Hunger geschwächten Menschen durchlebten eine schwere Zeit. Zu den Versorgungsengpässen trug auch bei, dass die Kohlenzüge auf dem Weg vom Ruhrgebiet nach Norden wiederholt geplündert wurden. Erich Lüth schreibt: „Unter den Plünderern ... befanden sich Geistliche, Staatsanwälte, Lehrer.“ Und ich, damals gerade neun Jahre alt. Mehr als einmal bin ich mit meinem vier Jahre älteren Bruder losgezogen, um Kohlen zu klauen; ein gefährliches Unter-

nehmen, weil man auf fahrende Züge aufspringen musste, um dann innerhalb von längstens einer Minute so viele Briketts wie möglich auf die Schienenböschung zu werfen, dann abzuspringen, die Briketts einzusammeln und wegzulaufen – mein Bruder und ich wechselten uns ab, mal er oben, mal ich; eine Angstpartie war es immer, gefährlich beim Kohlenklau und hinterher, wenn die Polizei anrückte. Ein Unrechtsbewusstsein hatten wir nicht. Die Zeit war so. Wer überleben wollte, musste sich irgendwie versorgen, mit ein wenig Wärme und ein wenig Brot. Auch Brot, meistens Maisbrot, gab es nur wenig. Eigentlich ging man immer hungrig ins Bett, auf dem sich im Kältewinter 46/47 über Nacht häufig Eisschichten bildeten.

Ich will das nicht im Detail ausmalen. Erwähnt muss es aber werden, weil die Erinnerungen an die Nazizeit, die Kriegszeit und die Erfahrungen der Nachkriegszeit Teil meines Lebens geworden sind. Ich war ein Kind. Meine Erinnerungen sind kindgemäß. Für meine Eltern und die Erwachsenen überhaupt war es schwerer. Sie lebten im Gefühl von Schrecken und Schuld und litten existenzielle Not.

Hamburg war eine verwüstete Stadt. Mehr als die Hälfte der Häuser war zerstört oder schwer beschädigt, und in diese verwüstete Stadt fluteten die Menschen zurück und versuchten, irgendwie zu überleben; unter ihnen Menschen, die es während des Krieges weit hinaus ins Exil getrieben hatte.

Zu letzteren gehörte Max Brauer. Er kam zurück im Frühherbst 1946 als amerikanischer Staatsbürger. Ob er von vornherein die Absicht hatte zu bleiben, weiß ich nicht. Als ihm aber auf der ersten großen Kundgebung der Hamburger Sozialdemokraten der Ruf: „Hier bleiben“ entgegen scholl, entschied er sich spontan, in Hamburg zu bleiben. Sozialdemokraten der ersten Stunde bestärkten ihn in seinem Entschluss: Karl Meitmann, der Landesvorsitzende, Erich Klabunde, der Fraktionsvor-

sitzende in der Ernannten Bürgerschaft, Adolf Schönfelder, ernannter zweiter Bürgermeister. Brauer blieb und wurde Spitzenkandidat der SPD für die Bürgerschaftswahl am 13. Oktober 1946, bei der die Partei mit ca. 43 Prozent der Stimmen 83 der insgesamt 110 Mandate gewann – es wurde nach britischem Mehrheitswahlrecht gewählt, das später durch das Verhältniswahlrecht ersetzt wurde. Die CDU erhielt 16 Mandate, die Freien Demokraten 7, die Kommunisten 4.

Ich will über die Politik der Jahre 1946ff nicht als Chronist berichten. Man kann es nachlesen, wie ich es nachgelesen habe. Max Brauer wurde Bürgermeister, packte an, dynamisch, autoritär, rastlos und blieb im Amt, respektiert und bundesweit hoch angesehen bis zur Wahl 1953, die die SPD – trotz prozentualen Zugewinns – gegen den vereinigten Bürgerblock verlor. Ein Wahlkampfthema, das zur Niederlage beitrug, war der Plan der SPD, die Grundschulzeit auf sechs Jahre auszudehnen. Populär war das bei Reformern und der Mehrheit der Pädagogen, nicht aber bei der Mehrheit der Eltern, woran sich – fürchte ich – bis zum heutigen Tage wenig geändert hat. Das nur so nebenbei.

Die SPD in der Opposition wurde angeführt nicht von Max Brauer, der grollte, sondern von Paul Nevermann. Ihm gelang es, die SPD schon nach vier Jahren zurück in die Regierung zu führen. Der Bürgerblock zerfiel, die FDP koalierte mit der SPD. Es begann das oft beschriebene Bündnis der Hamburger Arbeiterschaft mit dem hanseatischen Kaufmann, ein über die Jahre erfolgreiches sozialliberales Tandem, das erst auseinanderbrach, als sich in beiden Parteien ein Generationswechsel vollzog, der die politische Szene veränderte. Bis es so weit war, geschah mancherlei, das berichtenswert wäre. Ich beschränke mich auf wenige Punkte – die Auswahl ist subjektiv.

Max Brauer wurde 1957 erneut Bürgermeister, gab das Amt aber, wie zu Beginn der Legislaturperiode verab-

redet, im Jahre 1960 ab. Nachfolger wurde Paul Nevermann. Der Abschied vom Amt fiel Brauer sehr schwer, aber er war unvermeidbar, nicht zuletzt weil der Bürgermeister sich im Lauf der Zeit einen durchaus autoritären Regierungsstil angewöhnt hatte, was natürlich Widerstand bei den Kollegen im Senat, aber auch in der Fraktion provozierte. Fraktionsvorsitzender war übrigens damals Gerhard Brandes, der Einzige, der dieses Amt zweimal innehatte. Einmal von 1957-1965 und später noch einmal, von 1970-1972. Zwischendurch amtierte er als Finanzsenator. Brandes war ein kleiner, aber energischer Mann, der Klartext redete. Als ich ihm später als Fraktionsvorsitzender folgte, gratulierte er mir mit den Worten: „Wenn Du es gut machst, werde ich Dich unterstützen; wenn nicht, werde ich Dir das Leben schwer machen.“ Er, Brandes, war es auch, der den Wechsel im Bürgermeisteramt von Brauer zu Nevermann „begleitete“, um es freundlich auszudrücken. Brauer verließ die landespolitische Bühne und wechselte als Bundestagsabgeordneter nach Bonn. Sich dort einzufügen fiel ihm schwer. Die Rolle des einfachen Abgeordneten passte einfach nicht zu seinem Naturell. In Hamburg verlor er nicht an Ansehen, aber doch an Einfluss. Ich erinnere mich an einen Landesparteitag. Brauer sprach – ich glaube: über die Gefahren der Nuklearrüstung; die Genossen hörten zu, aber doch eher höflich als engagiert. Nach einer Legislaturperiode in Bonn – er war inzwischen 75 – wollte er noch einmal kandidieren, wurde aber nicht wieder aufgestellt.

Paul Nevermann, von den Hamburgern liebevoll „Mieten-Paule“ genannt wegen seines nachhaltigen Engagements für den Wiederaufbau und die Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum, amtierte bis 1965. Er trat dann zurück, genauer: musste zurücktreten wegen einer Liebesaffäre, die die Hamburger Welt erschütterte – aus heutiger Sicht kaum nachzuvollziehen. Damals war ich schon Mitglied der SPD und erlebt die Veränderungen erstmals hautnah mit.

Was mich dazu gebracht hat, Mitglied der SPD zu werden, weiß ich nicht mehr genau. Die Spiegel-Affäre (Adenauers Versuch, so glaubten wir, die Medien zu gängeln), der Bau der Berliner Mauer, die Faszination, die von dem eben gewählten amerikanischen Präsidenten Kennedy ausging (schwer vorstellbar aus heutiger Sicht), verschiedene Ereignisse und Begegnungen, die das politische Bewusstsein und das schon immer vorhandene politische Interesse wachsen ließen, dazu der persönliche Hintergrund. Mein Vater war SPD-Mitglied, wenn auch ein seltsam-entferntes. Er pflegte die Einladungsschreiben seines Bielfelder Ortsvereins auf orthographische und Grammatik-Fehler durchzusehen, redete auch darüber, was nicht unbedingt zu seiner Popularität beitrug. Er war übrigens ein früher Verehrer von Brauer, der – wie er sagte – auch auf Bundesebene bessere Chance gehabt hätte als der etwas glücklose Erich Ollenhauer. Mein Vater hat mich schon in jungen Jahren zu Veranstaltungen der SPD mitgenommen. Der erste „große“ Sozialdemokrat, den ich dabei kennen lernte, war Carlo Schmid, den ich später auch auf SPD-Parteitag erlebte. Ein wirklich großer Mann mit professoraler Bildung und Mähne, bewundernswert in seiner geschliffenen Rhetorik und ein bisschen zum Fürchten. Seine deutsch/französische Biographie ist interessant, aber das gilt eigentlich für alle Sozialdemokraten der ersten Stunde. Sie alle hatten besondere, durch die Geschichte geprägte Biographien.

Mein Vater, obwohl Lehrer, also pädagogisch belastet, war klug genug, mir nicht allzu viele Ratschläge für meinen künftigen Lebensweg zu erteilen. Politisch aber wiederholte er ständig zwei Lehrsätze: Man müsse darauf hinwirken, dass die Demokratie auch in Deutschland zur Tradition werde. Und: „Wenn Du nicht willst, dass braune oder rote Banausen, Nazis oder Stalinisten, es machen, mach' es selbst.“ Das alles zusammen genommen veranlasste mich, 1964 die Mitgliedschaft in der

SPD zu beantragen und machte aus dem politisch interessierten einen politisch handelnden Menschen.

Dazu trugen die Studentenunruhen der spät-sechziger Jahre bei, die Diskussionen, die vordergründig um neue Universitätsgesetze geführt wurden, bei denen es aber in Wahrheit um die Verantwortung und Ablösung der Väter ging. Es war eine aufwühlende, beinahe revolutionäre Zeit. Die unmittelbare Nachkriegszeit, die Aufbauphase der Bundesrepublik Deutschland, war vorüber. Das nachzuvollziehen, fiel den Älteren, Herbert Weichmann zum Beispiel, schwer. Die Jüngeren, die schon in wichtige Ämter eingerückt waren – ich nenne Peter Schulz und Heinz Ruhnau – verstanden es besser und hatten zugleich alle Hände voll zu tun, um die zum Teil bitteren Begleiterscheinungen des Protestes in erträglichen Grenzen zu halten.

Oswald Paulig war es meines Erachtens, der damals die Partei unaufgeregt über die politischen Hürden steuerte. Paulig war ein bemerkenswerter Mann. Kein brillanter Redner, kein philosophischer Kopf, überaus bescheiden im persönlichen Lebensstil, ein Mann, der ein klares politisches Urteil hatte und der Personen einzuschätzen wusste. Er war nie Senator, nie Bürgermeister (er wollte nicht), und doch war er auf seine Weise die Nummer 1: in der Fraktion, später in der Partei. Vor einigen Monaten ist er gestorben. Bei der Trauerfeier in Bergedorf waren viele Mitstreiter vergangener Tage versammelt. Jürgen Steinert hielt die Trauerrede, Mathias Petersen würdigte seinen Vorgänger als Parteivorsitzenden. Irgendjemand sollte sich die Mühe machen, das Leben dieses Mannes aufzuzeichnen, so lange es noch Zeitzeugen gibt. Eines war er jedenfalls nicht: ein Karrierist. Er wusste um die Gefährdungen, denen man in der Politik ausgesetzt ist. Gefährdungen durch Geld und Prestige – letzteres ist die größere Versuchung, wie ich, leider zu spät, gelernt habe. Ich war sehr jung als ich in wichtige Ämter geriet, stellvertretender Fraktionsvorsitzender 1970, Fraktionsvorsitzender 1972, Innensenator Ende

1973, Bürgermeister 1974. Damals war die Politik der wichtigste Teil meines Lebens und die Selbsteinschätzung deutlich überhöht, als wäre der Amtsinhaber so wichtig wie das Amt selbst. Beides – habe ich gelernt – ist falsch. Beides habe ich erst begriffen, als ich nicht mehr Bürgermeister war und noch nicht Bundestagsabgeordneter. Oswald Paulig hat mir damals emotional über die Runden geholfen. Er war keiner, der nachtrat. Das jedenfalls werde ich nie vergessen, und ich dachte, dies sei eine gute Gelegenheit, es auch öffentlich zu sagen.

Ich war nur anderthalb Jahre Fraktionsvorsitzender. Andere haben es länger ausgehalten, Gerd Brandes, wenn man die Jahre zusammenzählt, am längsten, dicht gefolgt von Ulrich Hartmann, die ich auch deshalb beide erwähne, weil sie wesentlich zur Verfassungsreform von 1971 beigetragen haben, die zwei wesentliche Veränderungen brachte:

1. Mitglieder der Bürgerschaft, die in den Senat gewählt wurden, sollten künftig auf Zeit aus der Bürgerschaft ausscheiden; ihr Mandat ruhte.

2. In die Verfassung wurde die sogenannte Oppositionsklausel aufgenommen, die die Aufgaben der Opposition beschreibt, allgemein, aber doch konkret genug, um die Arbeitsmöglichkeiten der jeweiligen Opposition zu verbessern. Davon hat lange Zeit die CDU profitiert, heute profitieren (hoffentlich) wir Sozialdemokraten.

Ich war, als ich Fraktionsvorsitzender wurde, noch nicht 35 Jahre alt, also in Michael Neumanns Alter. Ich hatte es leichter als Du, ich war Vorsitzender der regierenden Mehrheitsfraktion. Du musst die schwierige Strecke der Opposition zurücklegen – ein hartes Brot in einer gesellschaftlichen Umgebung, die nicht mehr genuin sozialdemokratisch ist. Die Parteienlandschaft hat sich verändert, die Medienlandschaft ist unverändert schwierig. Vielleicht solltet Ihr Euch noch einmal die Protokolle der Jahre 1953-1957 ansehen, als Paul Nevermann die

Bürgerschaftsfraktion in der Opposition führte. Er hat es glänzend gemacht. Viele, die es miterlebt haben, bestätigen, dass diese Jahre in der Opposition Nevermanns beste politische Jahre gewesen sind. Darüber erlaube ich mir kein Urteil. Immerhin: die Oppositionszeit dauerte – wie erwähnt – nur vier Jahre.

Wie lange es dauern wird, bis dieses Mal die SPD in die Regierungsverantwortung zurückkehrt, weiß ich nicht. Hoffentlich nicht so lange, wie es im Bund gedauert hat. Schaffen kann man es nur, wenn man ein schlagkräftiges, verlässliches Team bildet und loyal kooperiert. Dabei kommt es entscheidend auf die beiden Spitzenleute an, den Landesvorsitzenden und den Fraktionsvorsitzenden. Beide, Mathias Petersen und Michael Neumann, kenne ich inzwischen ein bisschen besser als noch vor Jahren. Ich weiß, Ihr seid überaus fleißig, immer unterwegs, immer präsent. Ich hoffe, dass Ihr beieinander bleibt und Euch wechselseitig helft. Wie wichtig das ist – darüber könnte ich lange reden: aufmunternd oder klagend oder selbst-anklagend. Ich tu es aber nicht, weil mir die Rolle des besserwisserischen Alt-Genossen nicht liegt.

Johannes Rau pflegte zu sagen: auch Ratschläge sind Schläge. Deshalb werdet Ihr von mir keine hören. Aber von einem Fehler, den ich gemacht, als solchen aber zu spät erkannt habe, will ich berichten; wohl wissend, dass jede und jeder seine eigenen Fehler machen muss. Mein Fehler war es, nach einiger Zeit in wichtigen Funktionen nicht mehr so aufmerksam zugehört zu haben, wie es nötig gewesen wäre: im Gespräch mit den Menschen auf der Strasse und im Gespräch mit den eigenen Genossinnen und Genossen. Heute weiß ich: Hätte ich besser zugehört, wäre bei mir angekommen, was mir gesagt und geraten wurde – viel wäre mir und manches auch der Hamburger SPD erspart geblieben. Die mich begleitet haben, damals, wissen wovon ich rede.

Ich nutze die Gelegenheit, meiner Partei zu danken. Nicht, dass sie immer lieb zu mir gewesen wäre. Und umgekehrt. Aber es gab doch immer, auch in schwierigen Zeiten, so etwas wie eine Grundübereinstimmung, mal stärker, mal schwächer ausgeprägt, ohne die man erfolgreich nicht arbeiten kann. Dass die SPD einen Querkopf wie mich so lange ertragen hat, spricht jedenfalls sehr für die demokratischen Qualitäten dieser Partei.

Euch beiden, Mathias und Michael, der Partei und der Fraktion wünsche ich für die Zukunft Erfolg, gute Freunde und Partner und sehr viel Glück. Ihr werdet es brauchen.

## **Christel Oldenburg**

### Einheit und Eigenständigkeit – Zum Wandel der SPD-Fraktion

ich erinnere mich noch sehr genau an ein Gespräch mit dem Leiter der Forschungsstelle für Zeitgeschichte, dem leider viel zu früh verstorbenen Prof. Arnold Sywottek, im Jahr 1998, über den Zustand der Hamburger SPD. „Man müsste einmal gründlich untersuchen, wie diese Partei funktioniert“, überlegte er und fügte etwas süffisant hinzu: „Es drängt sich ja der Eindruck auf, dass die Wahlprogramme für die SPD schon seit den 50er Jahren im Rathaus geschrieben wurden. Und was macht eigentlich die Fraktion? Gibt es da überhaupt noch so etwas wie Eigenständigkeit oder ist die Fraktion nur ein Anhängsel des Senats?“

Das waren Fragen eines Zeitgeschichtlers, der der Hamburger SPD zeitlebens kritisch verbunden blieb, aber sie deckten sich wohl mit der Einschätzung von so manchem politischen Beobachter. Die SPD, das war für die meisten Hamburger die Senatspartei, besser noch die Rathauspartei. Ihr war es gelungen, nahezu ohne Unterbrechungen, seit Ende des Zweiten Weltkriegs zu regieren. Sie hatte das zerstörte Hamburg wieder aufgebaut, die Stadt durch die konjunkturellen Krisen der 70er und 80er Jahre geführt, hatte in den Augen der Wähler stets auf der Höhe der Zeit agiert. Im Blickpunkt der Öffentlichkeit standen die Bürgermeister – Brauer, Nevermann, Weichmann, Schulz, Klose, Dohnanyi, Voscherau und Runde. Vor diesem Hintergrund verblasste die Arbeit von Partei und Fraktion.

Befragt man nun verschiedene politische Akteure zur Rolle von Senat, Fraktion und Partei, so lautete die Antwort fast übereinstimmend: im eisernen Dreieck von Senat, Fraktion und Partei war die Fraktion die graue Maus.

Das war nicht gerade ein Kompliment. Oswald Paulig, der sowohl Landes- als auch Fraktionsvorsitzender war, beschrieb das Verhältnis von Fraktion zu Partei wie folgt: „Die Partei gab die große Linie vor, in der Fraktion war nur klein-klein.“ Danach war die Fraktion das letzte Glied in der Kette.

Die Frage ist: stimmen denn alle diese Einschätzungen? Wie wandelte sich die Fraktion? Wenn eine Fraktion nur in der Opposition glänzen kann, wahrhaftig, Opposition, dass war nie Ziel sozialdemokratischer Politik!

Schaut man sich einmal die Geschichtsschreibung über die SPD an, so steht auch hier die Partei, die Organisation, im Mittelpunkt. Meistens wird die Arbeit der Fraktion in einem Unterpunkt abgehandelt. Zu einem eigenen historischen Forschungsgegenstand ist eine SPD-Fraktion nur selten geworden. Aber dennoch kommt der Fraktion eine entscheidende, ja wohl die entscheidende Rolle für den Wandel der SPD zu: weg von einer Partei, die das Gesellschaftssystem zu überwinden trachtete, hin zu einer regierungsfähigen Staatspartei.

Blicken wir einmal kurz auf die Geschichte der SPD vor 1933. In Hamburg waren am Vorabend des Ersten Weltkrieges fast 6 Prozent der Bevölkerung Mitglied der SPD. Die SPD hatte sich eine Gegenwelt zu der ihr feindlich gesonnenen bürgerlichen Welt geschaffen, ein Netzwerk mit zahlreichen Institutionen, Genossenschaften, Gewerkschaften, Vereinen. Von der Wiege bis zur Bahre fanden Sozialdemokraten dort Schutz und Halt: die Sozialisation begann in den Kinder- und Jugendorganisationen, mit dem Eintritt ins Berufsleben ging die Mitgliedschaft in Gewerkschaft und Partei einher, man kaufte bei der Produktion, wohnte in einer Genossenschaftswohnung, die Freizeit verbrachte man im Arbeitersportverein. Schließlich, am Ende des Lebens sorgten das Arbeiterbestattungsinstitut und ein freigeistiger Redner für einen würdigen Abschluss.

Welche Rolle spielten nun die SPD-Abgeordneten in dieser sozialdemokratischen Gegenwelt? Abgeordnete waren in diesem ja fast geschlossen anmutenden System das Ohr zur Welt, eben zur anderen, bürgerlichen Welt. Das Ohr zum verhassten politischen Gegner, zur bekämpften bürgerlichen Klasse. Im Parlament trafen die Fraktionen aufeinander. Die SPD-Abgeordneten hörten dort die Verleumdungen und Beschimpfungen ihrer Gegner, wurden ausgegrenzt. Aber – und das ist der entscheidende Punkt – sie hörten auch deren Argumente und lernten mit zunehmender Stärke – Schritt für Schritt –, dass es sich für die eigenen Leute durchaus lohnte, mit dem Klassengegner Kompromisse zu schließen, anstatt mit revolutionärer Attitüde im Abseits zu verharren und auf den Sozialismus zu warten. Gegenüber den Parteimitgliedern mussten die Abgeordneten als Vermittler auftreten, konnten kleine Erfolge verkünden, mussten aber viel häufiger erklären, warum nicht mehr rauszuholen war. Das war schwierig und brachte die Partei ein ums andere Mal bis an den Rand der Zerreißprobe. Als „Einübung in den Reformismus“ wird dieser Prozess oft bezeichnet, der dann allmählich die Partei veränderte. Das Bild vom bürgerlichen Klassenfeind begann zu schwinden. Und mit der Übernahme von Regierungsverantwortung fing die SPD an, ihre Vorstellungen in die Realität umsetzen. Das sozialdemokratische Gegenmodell zur bürgerlichen Welt verlor immer mehr an Bedeutung. Hamburg begann, sozialdemokratisch zu werden.

Als 1946 die Fraktion nach dem ersten grandiosen Wahlsieg zusammentrat, fanden sich unter ihnen einige, die schon in der Weimarer Republik Parlaments- und auch Regierungserfahrung gesammelt hatten. Max Brauer in Altona, Adolph Schönfelder als Polizeisenator, der in der neuen Bürgerschaft bis 1960 das Amt des Bürgerschaftspräsidenten ausübte. Ihr Regierungswissen half, die riesigen Probleme der Stadt pragmatisch anzupacken.

Die Fraktion zog mit. Die Sitzungen vollzogen sich nach einem festen Ritual. Der Vorsitzende Erich Klambunde eröffnete die Sitzung, erläuterte die Tagesordnung und erwartete Punkt für Punkt Zustimmung. Diskussionen waren nicht erwünscht. „Neugier und Besserwisserei fiel unangenehm auf und verlängerte ganz unnötig die Sitzungen“, erläuterte Hellmut Kalbitzer.

Überhaupt – Auseinandersetzungen zwischen Senat und Fraktion blieben bis zum Ende der 50er Jahre eher selten. Gewöhnlich bildeten beide eine geschlossene Einheit. Natürlich gab es ab und an Klagen darüber, dass die Fraktion über Gesetzesvorhaben zu spät informiert worden war, nicht jede Initiative der Fraktion stieß sofort auf die Begeisterung des Senats. Ab und an waren die Wünsche der Fraktion größer als der Senat umsetzen konnte. Aber man stimmte sich ab und raufte sich zusammen – ganz im Stillen.

Die gute Zusammenarbeit zwischen Fraktion und Senat mag auch daran gelegen haben, dass mehrere Senatoren Mitglieder des Fraktionsvorstandes waren. Das war möglich, weil Senatoren bis zur Verfassungsreform 1971 Bürgerschaftsmitglieder blieben. So sollten die Regierungsmitglieder in die Fraktionsdisziplin eingebunden werden. Die Fraktion fürchtete sich nicht, von der Übermacht des Wissens eines Senators überfahren zu werden. Bei den Feierabendparlamentariern genoss der Senator eine natürliche Autorität. Selbstverständlich konnte oder auch sollte ein Senator Mitglied des Landesvorstandes sein sowie der Landesvorsitzende Mitglied des Fraktionsvorstandes war. Die Regelung folgte dem Motto: Bündelung der Kräfte. Das galt ebenfalls für einfache Fraktionsmitglieder. Die Übernahme von Parteiämtern und Mandaten war unproblematisch. Das, was in der Partei theoretisch durchdacht worden war, konnte in der Fraktionsarbeit auf Realitätstauglichkeit geprüft werden. Das schärfte nach gängiger Parteimeinung den Sinn für das Machbare.

Zwischen Partei und Fraktion legte ein Landesparteitag 1947 die Zuständigkeiten fest: „die Fraktion bestimmt die Grundlinien der Landespolitik im Rahmen der Beschlüsse der Gesamtpartei. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Senat und Fraktion entscheidet der Landesvorstand oder ein Parteitag.“ Doch was waren die „Grundlinien der Landespolitik?“

Drei Jahre später – zuvor hatte die SPD 1949 wieder die Bürgerschaftswahl gewonnen – entbrannte ein heftiger Streit. Anlass war die Regelung der Senatorengehälter. Im Juni 1950 hatte der Senat der Fraktion ein Gesetz vorgelegt, das eine Erhöhung der Senatorengehälter um rund 7.000 DM jährlich vorsah. Das war für einen einfachen Arbeiter eine Menge Geld. Bei nur wenigen Gegenstimmen hatte die Fraktion auf ihrer Sitzung dem Ansinnen des Senates zugestimmt. Immerhin hielten es die Abgeordneten für geboten, dass ein Senator etwas mehr verdiene als der ihm untergebene Senatssyndikus. Und die Opposition hielt die Gehaltsaufstockung eh noch für viel zu niedrig. Doch an der Parteibasis in den Kreisen rumorte es. Viele Parteimitglieder hielten eine Erhöhung für nicht angemessen, solange noch so viel Elend in der Stadt herrschte. Sie drohten Kreisdelegiertenversammlungen einzuberufen. „Die Regelung der Senatorengehälter zählt grundsätzlich zu den Grundlinien der Landespolitik“, befand das Faktionsvorstandsmitglied Johannes Richter, gleichzeitig Chefredakteur der sozialdemokratischen Zeitung „Hamburger Echo“, „da hat sich die Partei gar nicht einzumischen.“ Aber so leicht wollte sich die Partei nicht abspesen lassen. Der Landesvorstand bildete eine Verhandlungskommission und die wälzte monatelang Besoldungsordnungen und erarbeitete Alternativvorschläge. Schließlich gab die Fraktion nach und die Senatorengehälter wurden nur äußerst geringfügig erhöht. Die Partei hatte sich durchgesetzt.

Ein zweiter Konflikt zwischen Partei und Fraktion bahnte sich an, als Brauer und Nevermann 1950 vorschlugen, den Senat um zwei unabhängige bürgerliche Vertreter zu

erweitern. Zur Regierung war die SPD nicht auf einen Koalitionspartner angewiesen, doch die beiden wollten dem Senat mit dieser Maßnahme eine größtmögliche Akzeptanz in der Bevölkerung verschaffen. Nevermann hatte dabei schon die Bürgerschaftswahlen 1953 im Blick. Möglicherweise werde es bei der Wahl um die Stimmen einiger 10.000 bürgerlicher Wähler gehen und genau auf die Gruppe könnten zwei unabhängige Senatoren aus der Wirtschaft und den Bürgervereinen wirken, argumentierte er. Die Fraktion folgte seiner Auffassung mit Mehrheit, im Landesvorstand kam aber nur die denkbare knappste Mehrheit von 11 zu 10 Stimmen zustande. Peter Blachstein, Kreisvorsitzender in Eimsbüttel und ärgster Widersacher Brauers, wollte diese Entscheidung nicht akzeptieren. Mit seiner Forderung, Fragen dieser grundsätzlichen Bedeutung müsse ein Parteitag entscheiden und der Drohung, die Parteibasis zu mobilisieren, setzte er sich schließlich durch. Und die Parteitagsdelegierten votierten eindeutig: rund drei viertel verwarfen die Idee der bürgerlichen Senatserweiterung. Sie folgten der Auffassung, dass nun die Zeit reif sei, einmal rein sozialdemokratische Politik zu machen.

Ob die Hereinnahme von bürgerlichen Vertretern in den Senat wirklich einen Wahlsieg des Hamburg-Blocks verhindert hätte, sei dahin gestellt. Im Wahlkampf spielte die Schulreform, vor allen Dingen aber die mangelnde Versorgung mit Schulräumen eine große Rolle. Immerhin hatte die SPD 1953 gegenüber 1949 noch erheblich Stimmen hinzu gewonnen, zur Mehrheit der Sitze reichte es dennoch nicht.

Die Übernahme der Oppositionsrolle fiel der Fraktion nicht schwer. Der Vorsitzende Heinrich Steinfeldt, im Beruf Gewerkschaftssekretär, wurde durch den ehemaligen Senator Nevermann abgelöst. Die anderen SPD-Senatoren wechselten in die Deputationen. In den Bürgerschaftsdebatten trieben Nevermann, Brauer und häufig auch der ehemalige Wirtschaftssenator Schiller mit ihrer profunden Sachkenntnis den Hamburg-Block in

die Enge. Nevermann brillierte mit Witz, Ironie und Schlagfertigkeit. Allein drei CDU-Senatoren musste Bürgermeister Sieveking ersetzen. Der Rücktritt des CDU-Senators von Fisenne 1956, erzwungen in der parlamentarischen Debatte, gehört sicherlich zu den Sternstunden der SPD-Fraktionsgeschichte.

Aber es herrschte in den vier Jahren der Opposition nicht nur eitel Sonnenschein. Es gab Phasen der Resignation, weil viele Fraktionsmitglieder glaubten, ihre Arbeit im Parlament werde von den Wählern kaum registriert. Der Hamburg-Block habe das Regieren nun gelernt, äußerte Nevermann 1955 enttäuscht, nun könne man nur noch auf die nächsten Wahlen warten. Auch der gescheiterte Coup mit Hilfe der Deutschen Partei, einer rechtsnationalen Vereinigung, die CDU-Senatoren im Block abzulösen, führte zu Spannungen mit der Parteibasis. Viele Mitglieder konnten nicht verstehen, warum sich die SPD mit dieser Partei einlassen wollte, in der ehemalige Nationalsozialisten eine politische Heimat gefunden hatten.

Als taktische Meisterleistung erwies sich jedoch der Vorstoß, das bestehende Wahlrecht durch ein reines Verhältniswahlrecht zu ersetzen. Diese Kehrtwende war Fraktion und Partei nicht leicht gefallen, war doch die SPD mit dem bestehenden Wahlrecht sehr zufrieden. Ein großer Teil der Abgeordneten wurde in Wahlkreisen gewählt. Doch mit dem Vorschlag zur Wahlrechtsänderung löste die SPD die FDP aus dem Hamburg-Block, die für sich als kleine Partei mit dem Verhältniswahlrecht größere Chancen sah. Mit der Annahme des neuen Wahlgesetzes war somit das Schicksal des Hamburg-Blocks bereits vor Ablauf der Legislaturperiode besiegelt.

Schon zu diesem Zeitpunkt bahnte sich für die Zeit nach der Wahl 1957 eine SPD/FDP-Koalition an. In der CDU orakelte man: dieses Bündnis bedeutet für uns 20 Jahre Opposition. Es sollte mehr als doppelt so lange dauern.

Nach dem Gewinn der absoluten Mehrheit mit 53,9 Prozent der Wählerstimmen entspann sich keine Diskussion mehr, ob die SPD allein regieren sollte. Willi Berkhan, 1957 aus der Bürgerschaft ausgeschieden, plädierte sogar vehement für eine Allparteienregierung. Seine Begründung: die Leute wollen keinen Streit. Die ehemaligen Senatoren Büch, Karpinski, Landahl, Nevermann und Schmedemann nahmen die Arbeit in ihren alten Ressorts wieder auf. Neu hinzu kamen Finanzsenator Weichmann und Arbeits- und Sozialsenator Ernst Weiß. Die Schwerpunkte der Senats- und Fraktionsarbeit lagen wie schon bis 1953 im Wohnungs- und Schulbau.

Schon zwei Jahre nach der erneuten Regierungsübernahme häuften sich die Klagen aus der Partei, Senat und Fraktion würden nur noch verwalten, es fehle der Schwung und die neuen politischen Initiativen. Dabei bemühten sich die Protagonisten gerade bei der Vorbereitung des Aufbauplans, der von einer zukünftigen Bevölkerung Hamburgs von über 2 Millionen ausging, neue Wege zu beschreiten. Die Abgeordneten – zusammen mit dem zuständigen Senator – besuchten die verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen, um mit ihnen über die Auswirkungen des Plans zu diskutieren. Die Fraktionsmitglieder spürten, dass es nicht mehr nur genügte, politische Vorhaben zu beschließen und zu verkünden, sie mussten den Betroffenen auch vermittelt werden.

Brauer hatte mit diesen neuen Anforderungen an Politik zunehmend Schwierigkeiten. Er war es gewohnt, nach dem Satz zu handeln „L`etat, c`est moi“. Die Entscheidung des Landesvorstandes aus dem Jahr 1957, ihn zu Jahresbeginn 1961 abzulösen, hatte er zwar mitgetragen, aber je näher der Zeitpunkt seiner Demission rückte, desto verbitterter reagierte er.

Der von vielen befürchtete Einbruch bei den Bürgerschaftswahlen 1961 blieb aus. Mit Paul Nevermann konnte die SPD ihr Ergebnis auf 57,4 Prozent und 72

Mandate steigern. Nevermann pflegte einen kollegialeren Stil als Brauer und suchte die Fraktion stärker in Senatsentscheidungen einzubeziehen. Den Vorsitzenden Brandes plagten allerdings Sorgen um die Zusammensetzung der Fraktion. Die meisten Fraktionsmitglieder waren seit 1946 oder 1949 dabei, gemeinsam war man gealtert. Das Durchschnittsalter lag weit über 50 Jahre. Der Anteil der SPD-Abgeordneten aus dem öffentlichen Dienst war stark gestiegen – „dank der hervorragenden Schleuser-tätigkeit unserer Senatoren“, fügte er hinzu. Nicht erst in den 70er Jahren wurde die SPD also zur Partei des öffentlichen Dienstes. Das Motiv für den Eintritt vieler SPD-Mitglieder in den Staatsdienst war aber nicht in der sozialen Absicherung und einem bequemen Job zu suchen, wie heute gerne unterstellt wird. Bis weit in die 50er Jahre hinein war die berechtigte Angst groß, ein reaktionärer Beamten- und Staatsapparat, in den zudem viele Altnazis wieder untergebracht werden mussten, könnte die demokratischen Entscheidungen eines SPD-Senats torpedieren. Eine häufig wiederholte Forderung auf Parteitagen lautete daher, möglichst viele Positionen im öffentlichen Dienst mit zuverlässigen Demokraten zu besetzen, damit sich Weimar nicht wiederholt.

Also, öffentliche Bedienstete hatte die Fraktion schon genug, aber es fehlten die Angestellten aus den technischen Berufen: nach Ingenieuren sollte zukünftig Ausschau gehalten werden. Auch fehlten Rechtsanwälte und – man mag es heute kaum glauben – Lehrer. 1966 wurde dann zwar in der Fraktion ein Generationswechsel vollzogen. Es gab 40 Prozent neue, jüngere Mitglieder. Die Dominanz des öffentlichen Dienstes verfestigte sich noch.

In der ersten Hälfte der 60er Jahre verlief die Regierungs- und Fraktionsarbeit ohne größere Reibereien. Es waren vor allen Dingen wirtschaftspolitische Themen, die die Bürgerschaftssitzungen bestimmten. Große Kontroversen zwischen CDU und SPD/FDP blieben aus. In der SPD-Fraktion lästerten die Abgeordneten trotzdem

über die große Arbeitsbelastung. „Jetzt müssen wir auch noch für die CDU die Oppositionsarbeit übernehmen“, hieß es über den politischen Gegner, der in diesen Jahren nicht in der Lage war, der Regierung Paroli zu bieten.

Und so war es 1965 die SPD selbst, die eine Krise heraufbeschwor. In der Partei war längst bekannt, dass sich Paul Nevermann von seiner Ehefrau getrennt hatte. Als sich Grete Nevermann jedoch weigerte, ihre Repräsentationspflichten beim Besuch der englischen Queen wahrzunehmen und die Springer-Presse eine Kampagne gegen den Bürgermeister anzettelte, forderten Landesvorstand und Fraktion Konsequenzen. Ein Bürgermeister hatte sich den ihrer Meinung nach herrschenden moralischen Wertvorstellungen von Ehe und Treue zu unterwerfen. Also stellten Landes- und Fraktionsvorstand Nevermann vor die Alternative: Amt oder Geliebte. Angesichts eines SPD-Bundeskanzlers Schröder, der 1998 bereits das dritte Mal verheiratet war und gemeinhin dadurch noch als „toller Hecht“ galt, zeigt sich, welcher gravierender Wandel der Moralvorstellungen in diesem Land in den letzten 40 Jahren vonstatten gegangen ist.

Nun ja, Paul Nevermann entschied sich – wohl auch zur Überraschung vieler Genossen – für seine Geliebte und gegen das Amt. Es war eine große Entscheidung für eine große Liebe. Eine Entscheidung eines Mannes, der mit und durch die Arbeiterbewegung aufgestiegen war, sich vom einfachen Arbeiter mit zähem Leistungswillen über den Arbeiterabiturientenkurs zum Studium und schließlich zum Doktor der Rechtswissenschaften hochgearbeitet hatte. Der als Senator den Wiederaufbau Hamburgs organisiert hatte und trotzdem immer ein Mann der Partei geblieben war. Aufstieg durch Bildung – kein zweiter Hamburger SPD-Politiker hat dieses Postulat der Arbeiterbewegung so verkörpert wie Paul Nevermann.

Nevermanns Nachfolger Herbert Weichmann war kein Mann, der intensiven Kontakt zu den Parteigremien pflegte. Schon bei seiner Nominierung als Bürger-

meisterkandidat galt er als Zwischenlösung. Doch innerhalb kürzester Zeit erwarb er sich bei den Hamburgern durch seine menschliche Integrität und fachliche Kompetenz großes Vertrauen. Mit ihm erzielte die Hamburger SPD ihr bestes Wahlergebnis aller Zeiten: 59 Prozent. Oswald Paulig, der Fraktionsvorsitzende setzte eine Verjüngung der Senatsmitglieder durch: Wilhelm Eckström, Ernst Heinsen, Helmuth Kern, Caesar Meister und Peter Schulz trugen jetzt Regierungsverantwortung.

Zu den neuen Fraktionsmitgliedern zählte Walter Tormin. Um ihn die Arbeit einzubinden, rief ihn der Fraktionssekretär Hans Dewitz eines Tages in sein Büro. „Wir haben da einen Arbeitsbereich, für den wir noch keinen Sprecher haben“, eröffnete er dem Neuling, „das ist die Hochschulpolitik. Da gibt es nicht viel zu tun, man hat wenig Arbeit. Willst du das nicht übernehmen?“ Walter Tormin willigte ein, natürlich ohne zu ahnen, dass sich gerade dieser Bereich schon zwei Jahre später, mit der Studentenbewegung, zu einem Kristallisationspunkt der Fraktionsarbeit entwickeln würde. Die heftigen Kontroversen um Universitätsgesetz und Hochschulpolitik hielten bis weit in die 70er Jahre an.

1968 war es Oswald Paulig, der eine Brücke zu den Studenten schlug – ganz im Gegensatz zu Bürgermeister Weichmann, der in den Forderungen und im Auftreten der jungen Generation eine Gefährdung der Demokratie ausmachte. In der Debatte um die Osterunruhen in Hamburg – gemeint sind die gewalttätigen Auseinandersetzungen um die Auslieferung der Springer-Zeitungen – konstatierte er, dass die heutige Gesellschaftsordnung nicht mehr auf der Höhe der Zeit sei. „Ein geruhames Leben, steigender Wohlstand und wohlverdienter Ruhestand“, so formulierte Paulig, „sind keine Antwort auf die Erniedrigung des Menschen im Arbeitsleben, ganz gleich, ob an der Werkbank oder am Schreibtisch“. Er kündigte umfassende Reformen an: Verbesserung der Mitbestimmung, eine Strafrechtsreform, Ausbildungsförderung und eben ein neues Universitätsgesetz.

Und genau im Ringen zwischen Senat, Fraktion und den Studenten um dieses Gesetz kündigte sich ein neues Selbstverständnis der Fraktion an. Akribisch listeten die Abgeordneten ihre Veränderungen am Universitätsgesetz gegenüber dem Senatsentwurf auf und veränderten die ursprüngliche Fassung völlig. Die Abgeordneten gingen mit ihrer Position an die Öffentlichkeit und warben bei den Studenten um Zustimmung. Das war ein Novum.

1970 legte Hans-Ulrich Klose erstmals in einer Fraktionsitzung ein Papier vor, das die Aufgaben der Fraktion neu definierte. Profilbildung hieß das Schlagwort. Grundsätzliche Aufgabe der Fraktion sollte es demnach sein, zahlreiche politische Initiativen zu entwickeln, die den Senat zum Handeln veranlassen. Auch diskutierte die Fraktion darüber, ob es als Regierungsfraktion angemessen sei, Alternativen zur Senatspolitik zu entwickeln. Das war der Abschied von der bis dahin praktizierten Einheit von Senat und Fraktion. Die Fraktion wollte eigenständiger werden.

Der Ruf Willy Brandts „mehr Demokratie wagen“ machte also – ironisch gesprochen – auch vor der SPD-Fraktion nicht halt. Die einfachen Abgeordneten wurden aufmüpfig und wollten mehr diskutieren. Sie prangerten das Informationsoligopol des Fraktionsvorstandes an. Sie kritisierten die Festlegung der Redner für die Bürgerschaft. Jeder Abgeordnete sollte sich in der Debatte zu Wort melden dürfen. Die Forderung nach Arbeitskreisen, die den Abgeordneten zuarbeiteten, wurde laut.

Selbst die Fraktionsdisziplin stand zur Disposition. Hans Saalfeld schlug vor: bei klaren Mehrheitsverhältnissen müsse es dem einzelnen doch einmal erlaubt sein, gegen eine Senatsvorlage zu stimmen, um die Eigenständigkeit der Fraktion gegenüber dem Senat zu betonen. Das waren ganz neue Töne. Oswald Paulig ging diese Position doch entschieden zu weit. Wenn die Fraktionsmehrheit für einen Beschluss stimmt, dann muss die Minderheit eben die Kröte schlucken, stellte er unmiss-

verständlich klar. Die Fraktion – eine graue Maus? Wenn sie es denn je gewesen war, jetzt wollte sie es nicht mehr sein.

Aus Altersgründen trat Weichmann 1971 zurück und mit Peter Schulz übernahm ein Politiker der jüngeren Generation das Bürgermeisteramt, der sich als Senator der neu geschaffenen Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung einen Namen gemacht hatte. Überhaupt, die Bildungspolitik avancierte zum alles beherrschenden Thema. Die SPD startete zunächst vorsichtige Versuche mit Gesamtschulen, die nach skandinavischen Erfahrungen bessere Lernergebnisse versprachen. Die Klassenfrequenzen wurden gesenkt und nur jeder greifbare Lehrer eingestellt.

Halt, machen wir an dieser Stelle einen Schnitt. Wir befinden uns nun schon mitten im Getümmel der 70er Jahre. Für den Historiker wird hier die Lage in der Hamburger SPD zusehends unübersichtlich. Die Pressemitteilungen des Fraktionsvorstandes geben zwar Auskunft über die Themen und Beschlüsse. Über die innerfraktionelle Meinungsbildung, die an Umfang und Schärfe zunahm, erfahren wir so jedoch nichts. Zyniker werden jetzt sagen: na, da hilft doch ein Blick in die Zeitung. Das ist wohl wahr. Vermehrt nahmen sich Fraktionsmitglieder die Freiheit, aus eigentlich vertraulichen Sitzungen die Presse über ihre Sicht der Dinge zu informieren – ein Phänomen über das heute auch der CDU-Fraktionsvorsitzende klagen könnte. Also, bleibt das Mittel der Zeitzeugenbefragung. Aber das geflügelte Wort: „Der Zeitzeuge ist der schärfste Feind des Historikers“ gilt hier für die Geschichte der Hamburger SPD in besonderer Weise. Fast kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, man näherte sich einem noch nicht geräumten Minenfeld. Es wird nicht reichen, nur einige Zeitzeugen zu interviewen, um sich ein adäquates Bild zu machen. Es werden ganze Gruppen sein müssen. Nun ja, der Arbeitskreis Geschichte hat da in den nächsten Jahren

noch eine Menge Arbeit vor sich. Die 70er bis 90er Jahre können wir daher nur schlaglichtartig beleuchten.

Das Bild einer zusehends zerstrittenen SPD bedachten die Wählerinnen und Wähler mit Liebesentzug. Bei der Bürgerschaftswahl 1974 verlor die SPD fast 10 Prozent zur vorangegangenen Wahl. Über die Ursachen der Niederlage entbrannte wiederum Streit: die SPD habe zu wenig Reformen angepackt, sagten die einen. Die Menschen haben genug von Reformen, forderten die anderen. Der Fraktionsvorsitzende Ulrich Hartmann konstatierte zu Recht, dass die Hamburger SPD die Wähler der Mitte, die gut verdienenden Arbeiter und Angestellten verloren hatte. Der ehemalige Fraktionsgeschäftsführer musste sich vermehrt mit Problemen der Disziplin herumschlagen. So rüffelte er eine 10köpfige Gruppe von Abgeordneten – unter ihnen der spätere Bürgermeister Runde –, die via „Bild-Zeitung“ gegen den Beschluss des Bundesparteivorstandes protestiert hatte, den linken Klaus-Uwe Benneter aus der Partei auszuschließen.

Die neuen Projekte des Senats wie der Bau von zwei Atomkraftwerken, der Ansiedlung neuer Betriebe im Hafen, der Ausbau der Unterelbe als Großschifffahrtsweg, die Planung des neuen Stadtteils Billwerder-Allermöhe und der Radikalenerlass stießen auf den erbitterten Widerstand eines Teils der Fraktion. Die Fraktion wirkte zerrissen. Als Bürgermeister Klose 1981 den Ausstieg aus Brokdorf besiegeln wollte, kündigten 10 bis 15 Fraktionsmitglieder an, aus „Gewissensgründen“ dieser Vorlage nicht folgen zu können. Klose trat zurück.

1982 traten zum ersten Mal die so genannten „Hamburger Verhältnisse“ ein. Die CDU wurde stärkste Partei, besaß aber keine Mehrheit. Die GAL war ins Parlament eingezogen, wollte aber eine SPD-Regierung lediglich tolerieren. Die Selbstauflösung der Bürgerschaft brachte nach dem Ende der sozialliberalen Ära in Bonn wiederum die absolute Mehrheit für die SPD.

1986 gab es zum zweiten Mal „Hamburger Verhältnisse“. Nach dem „Hamburger Kessel“ und dem Konflikt um die Hafenstrasse erreichte die SPD nur noch 41,7 Prozent. Wiederum löste sich die Bürgerschaft auf. Mit den Neuwahlen verbesserte sich das Ergebnis der SPD zwar ein wenig, sie musste aber eine Koalition mit der FDP eingehen.

1993 wählte die SPD die auf Anhieb ins Parlament eingezogene Stattpartei als Koalitionspartner, obwohl sich viele SPD-Wähler eine Koalition mit der GAL gewünscht hätten. Diese kam erst 1997 zustande, nachdem Henning Voscherau aufgrund des schlechten Wahlergebnisses der SPD zurückgetreten war. Die erste rot-grüne Koalition funktionierte reibungsloser als viele SPD-Anhänger es befürchtet hatten. Der rot-grüne Senat setzte Zeichen: er war die erste Landesregierung, in der Frauen die Hälfte der Senatsposten besetzten. Lange genug hatten die Frauen in der SPD darum kämpfen müssen.

Das Thema ist es sicherlich wert, einmal besonders betrachtet zu werden. Hier nur so viel. Mit Paula Karpinski übernahm 1946 erstmals eine Frau in der Bundesrepublik ein Ministeramt. Nach ihrem Ausscheiden 1961 trat Irma Keilhack in den Senat ein und 1970 folgte Ilse Elsner. 1974 fand sich aber keine Frau mehr im Senat. Auch der Frauenanteil in der Fraktion war seit 1946 von fast 20 Prozent kontinuierlich gesunken und betrug in der Wahlperiode von 1978 bis 1982 nur noch 10 Prozent. Alle Appelle der Frauen an ihre Genossen, mehr weibliche Bürgerschaftskandidaten aufzustellen, verhallten ungehört. Ein Landesparteitag 1985 lehnte die Einführung einer Quote ab, 1986 beschloss jedoch die Bundespartei, künftig zu quotieren. Das brachte die Wende. 1987 schnellte der Frauenanteil in der Fraktion auf über 30 Prozent, heute sind es rund 43 Prozent. 1987 begann die SPD-Fraktion, das Amt des Bürgerschaftspräsidenten konsequent mit Frauen zu besetzen: Elisabeth Kiausch, Helga Elstner, Ute Pape und

Dorothee Stapelfeldt präsentierten seither das Hamburger Landesparlament. So ist die Geschichte der SPD-Frauen in der Bürgerschaft doch noch eine Erfolgsgeschichte geworden.

Und wie erging es der Fraktion? Wie stand es um deren eigenständiges Profil? Schon unter dem Vorsitzenden Voscherau fand die Fraktion allmählich zur inneren Geschlossenheit zurück. Das Vorhaben Bürgermeister Dohnanyis, Hamburg zum Medienstandort auszubauen und die aktive Arbeitsmarktpolitik fanden uneingeschränkte Unterstützung der SPD-Parlamentarier. Voscherau gelang es, das Profil der Fraktion als Kontrollorgan des Senats wieder zu schärfen. Mit Mut und Beharrlichkeit hatten die SPD-Abgeordneten Missstände bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität aufgedeckt und Versäumnisse des Senats angeprangert. „Die SPD wird nichts unter den Teppich kehren“, kündigte Voscherau für die Zukunft der Fraktionsarbeit an.

Voscherau betonte die gestalterischen Möglichkeiten einer Regierungsfraktion, die zwar größer, aber für den Bürger nicht so sichtbar waren. Er sagte: „Die wechselseitige Abhängigkeit von Senat und Regierungsfraktion bedingt eine enge Abstimmung, bedeutet jedoch keine Selbstaufgabe.“

Der spätere Bürgermeister steckte damit die Leitlinien ab, nach denen auch die Vorsitzenden Paul Busse, Günter Elste und Holger Christier die Fraktionsarbeit organisierten. Loyal und doch kritisch gegenüber dem Senat. Von Selbstaufgabe oder fehlender Eigenständigkeit der Fraktion konnte somit selbst nach 44 Jahren Regierungstätigkeit keine Rede sein. Immer wieder war es der Fraktion gelungen – wenn auch manchmal nach harten Kämpfen – das institutionell angelegte Spannungsverhältnis neu auszugestalten. Das war eine bemerkenswerte Leistung.

Was ist mit den letzten fünf Jahren, in denen die Wähler der SPD die Rolle der Oppositionsfraktion zugewiesen haben?

Hierzu nur zwei Bemerkungen.

Erstens: Hamburg ist weiterhin eine sozialdemokratisch geprägte Stadt. Aber: die Hamburger SPD ist nicht mehr die riesige Organisation, die sie einmal war. Die Partei, die mit all ihren Gliederungen in die letzte gesellschaftliche Nische hineinreichte und somit das Lebensgefühl der Hamburger erspürte, sie ist auf das Maß einer normalen Volkspartei geschrumpft. Das dadurch entstandene Defizit muss nun die Fraktion ausgleichen. Das braucht Kraft und erfordert Präsenz, Disziplin und vor allen Dingen die Bereitschaft, vielen Menschen in der Stadt zuzuhören. Alle diese Eigenschaften hat die heutige Fraktion.

Zweitens: Ich glaube, es tut nicht gut, die Fraktion immer wieder an die herausragende Oppositionszeit in den 50er Jahren zu erinnern. Die Verhältnisse, wie man so sagt, sie waren andere als heute. Das Ziel für die Zukunft ist aus diesem Grund klar: nicht glanzvolle Oppositionsfraktion bleiben, sondern eigenständige Regierungsfraktion werden.

In diesem Sinne, herzlichen Glückwunsch, liebe SPD-Fraktion!

## **Dr. Mathias Petersen**

Heute sind hier Generationen Hamburger Sozialdemokraten versammelt. Dieser Raum – der große Festsaal – atmet geradezu Geschichte. Auch und gerade für mich, denn wenn ich auch vor 60 Jahren nicht dabei sein konnte, hat dieses Ereignis doch auch einen sehr persönlichen, einen familiären Hintergrund:

Im zweitgrößten Raum unseres Rathauses, dem Kaisersaal hier nebenan, standen damals, und stehen auch heute noch die Büsten des Kaisers Wilhelm I, des Reichskanzlers Otto von Bismarck und des Generalstabschef Helmuth von Moltke.

Britische Offiziere verlangten im Sommer 1945, dass diese Büsten entfernt werden sollten.

Mein Großvater Rudolf Petersen, von der Militärregierung eingesetzter Bürgermeister, stellte die Engländer vor die Wahl:

Mit Büsten, mit Petersen.

Ohne Büsten, ohne Petersen.

Ein gutes Jahr später war der Kaisersaal Fraktionssaal für die große SPD-Fraktion. Einige Genossen forderten den Bürgerschaftspräsidenten Adolf Schönfelder auf, die drei „Reaktionäre“ entfernen zu lassen. Adolf sagte nur: „De sinn ja schon lang dod, lat die man staan.“

Die Büsten blieben. Das hat sich mir eingepägt:

Mit „nicht hinsehen“, mit wegschauen, mit verstecken kann man nichts aus der Welt schaffen.

Herr von Beust lässt überall auf die wachsende Stadt hinweisen:

Runderneuerter Jungfernstieg, na bravo!

Europa-Passage, na bravo!

Hafencity, na bravo!

Wir schauen hin, alles ist gut zu erkennen! Doch – Bert Brecht – „man sieht nur die im Lichte, die im Dunkeln sieht man nicht.“

Um die im Dunkeln zu sehen, in der wachsenden Stadt, muss man hinschauen, dorthin schauen, wo Kinder hungern, wo Vorschulen nicht mehr kostenfrei lehren können, wo Verzweiflung – auch Verzweiflung über demonstrativen Luxus, über arrogante Vergeudung – in Verwahrlosung, Hoffnungslosigkeit und Kriminalität umschlägt.

New York und Paris sind warnende Beispiele.

Hier sitzen viele sehr erfahrende Politiker. Als Altonaer Hausarzt weiß ich sicherlich nicht soviel vom politischen Geschäft wie viele von Euch.

Man spricht ja von „Staatskunst“.  
Horaz hat vom „Staatsschiff“ gesprochen.

Ich selbst würde gern von einem Bündnis

der Besitzenden mit den Entbehrenden  
der Begabten mit den Simplen  
der Erfolgsmenschen mit Gescheiterten

einem Bündnis derer im Licht mit denen im Dunkeln  
sprechen, von allgemeiner Solidarität.

Aber wäre das nicht Illusion und Selbstbetrug?

Wir müssen uns Möglichkeiten der Staatskunst bedienen, das Staatsschiff steuern, durch Klippen und Untiefen, im Sturm und gegen widrige Winde, bei Flaute und manchmal ohne Kompass.

Zwischen Europarecht und Bundesrecht, eigenem Landesrecht und täglich anwachsenden Reglementierungen aller Art können wir als Hamburger Sozialdemokraten nicht einfach das umsetzen, was wir anstreben und

meinen ausrichten zu können, zu müssen für die Menschen.

Die großen sozialdemokratischen Bürgermeister Hamburgs haben ihr Amt so verstanden, als Staatskunst im Geiste der Sozialdemokratie, eine Max-Brauer-Allee und eine Herbert Weichmann-Strasse erinnern daran, fast jeder Hamburger Zeitzeuge gleich welcher Couleur, erinnert sich gern an sie.

Landespolitik, Stadtpolitik – in Hamburg auf brisante Weise verschmolzen – ist keine ruhmträchtige Aufgabe, sie fordert

Verzichtsbereitschaft,  
Selbstlosigkeit,  
Sündenbock-Demut,  
Sisyphus-Qualitäten,  
Hamburger Patriotismus ohne Beigeschmack von  
Lokalpatriotismus.

Das galt vor 60 Jahren wie heute.

Sozialdemokratische Bürgermeister hatten und haben diese Eigenschaften.

Ich gehe davon aus, dass zum 65jährigen Jubiläum ein sozialdemokratischer Bürgermeister mit genau diesen Eigenschaften an dieser Stelle ein Grußwort spricht.

Vielen Dank

## SPD-Fraktionsvorsitzende seit 1946

1946 -  
1949

Klabunde, Erich



1949 -  
1950

Neuenkirch, Gerhard



1950 -  
1953

Steinfeldt, Heinrich



1953 –  
1957

Nevermann, Dr. Paul



1957 -  
1965  
1970 -  
1972

Brandes, Gerhard



1965 –  
1970

Paulig, Oswald



1972 -  
1973

Klose, Hans-Ulrich



1973 -  
1982

Hartmann, Ulrich



1982 -  
1987

Voscherau, Dr.  
Henning



1987 -  
1989

Busse, Paul



1989 -  
1996

Elste, Günter



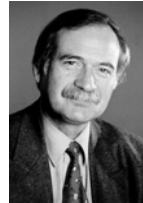
1996 -  
1997

Kiausch, Elisabeth



1997 -  
2001

Christier, Dr. Holger



2001 -  
2002

Grund, Uwe



2002 -  
2004

Zuckerer, Walter



Seit 2004

Neumann, Michael



## **Präsidentinnen und Präsidenten der Hamburgischen Bürgerschaft (SPD) seit 1946**

1946	Ruscheweyh, Dr. Herbert
1946 - 1960	Schönfelder, Adolph
1960 - 1978	Dau, Herbert
1978 - 1982	Schulz, Peter
1987	Kiausch, Elisabeth
1987 -1991	Elstner, Helga
1991 - 1993	Kiausch, Elisabeth
1993 - 1997	Pape, Ute
2000 - 2004	Stapelfeldt, Dr. Dorothee

**Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt  
Hamburg (SPD) seit 1946**

1946 - 1953 1957 - 1960	Brauer, Max
1961 - 1965	Nevermann, Dr. Paul
1965 - 1971	Weichmann, Prof. Dr. Herbert
1971 - 1974	Schulz, Peter
1974 - 1981	Klose, Hans-Ulrich
1981 - 1988	von Dohnanyi, Dr. Klaus
1988 - 1997	Voscherau, Dr. Henning
1997 - 2001	Runde, Ortwin

**Senatoren der Freien und Hansestadt Hamburg (SPD)  
seit 1946**

**Nevermann, Dr. Paul**

1946 - 1953

1957 - 1965

Senator für  
Bau  
Soziales  
Justiz

**Brauer, Max**

1946 - 1953

1957 - 1961

Senator für  
Justiz  
Polizei  
Finanzen

**Frank, Friedrich**

1946 - 1953

Senator für Ernährung und  
Landwirtschaft

**Borgner, Otto**

1946 - 1948

Senator für  
Landwirtschaft  
Wirtschaft und Verkehr

**Dudek, Dr. Walter**

1946-1953

Senator für  
Finanzen

**Eisenbarth, Heinrich**

1946 - 1950

Senator für  
Jugend  
Soziales  
Arbeit

<b>Karpinski, Paula</b> 1946 - 1953 1957-1961	Senatorin für Jugend Soziales Sport
<b>Landahl, Heinrich</b> 1946-1953 1957- 1961	Senator für Schule Kultur
<b>Schönfelder, Adolph</b> 1946	Senator für Wohnungswesen
<b>Schiller, Dr. Karl</b> 1948 - 1953	Senator für Wirtschaft und Verkehr
<b>Neuenkirch, Gerhard</b> 1950 - 1953	Senator für Arbeit Finanzen
<b>Büch, Rudolf</b> 1950 - 1953 1957- 1946	Senator für Bau
<b>Schmedemann, Walter</b> 1948 - 1953	Senator für Inneres Justiz
<b>Danner, Lothar</b> 1950 - 1953	Senator für Polizei

<b>Kröger, Dr. Wilhelm</b> 1951 - 1962	Senator für Justiz Polizei
<b>Weiß, Ernst</b> 1957- 1978	Senator für Soziales Arbeit
<b>Weichmann, Prof. Dr. Herbert</b> 1957 - 1967	Senator für Finanzen Justiz
<b>Schmidt, Helmut</b> 1961 - 1965	Senator für Inneres
<b>Drexelius, Dr. Wilhelm</b> 1961 - 1970	Senator für Baub Schule
<b>Keilhack, Irma</b> 1961 - 1970	Senatorin für Ernährung und Landwirtschaft Jugend
<b>Kramer, Gerhard</b> 1961 - 1970	Senator für Justiz Kultur
<b>Brandes, Gerhard</b> 1965 – 1970	Senator für Finanzen

<b>Ruhnau, Heinz</b> 1965 - 1973	Senator für Inneres Sport
<b>Schulz, Peter</b> 1966 - 1971	Senator für Justiz Jugend Schule und Berufsbildung
<b>Heinsen, Dr. Ernst</b> 1966 - 1972	Senator für Justiz
<b>Meister, Caesar</b> 1966 - 1974	Senator für Bau
<b>Eckström, Wilhelm</b> 1966 - 1976	Senator für Ernährung und Landwirtschaft
<b>Kern, Helmuth</b> 1966 - 1976	Senator für Wirtschaft Verkehr Ernährung und Landwirtschaft
<b>Seeler, Dr. Hans-Joachim</b> 1967 - 1974	Senator für Gesundheit Finanzen Justiz

<b>Rau, Hans</b> 1970 - 1974	Senator für Finanzen
<b>Elsner, Dr. Ilse</b> 1970 - 1974	Senatorin für Gesundheit
<b>Hackmack, Otto</b> 1970 - 1974	Senator für Finanzen
<b>Apel, Günter</b> 1971 - 1983	Senator für Schule, Jugend, Berufsbildung Bau
<b>Klose, Hans-Ulrich</b> 1973 - 1981	Senator für Inneres
<b>Klug, Dr. Ulrich</b> 1974 - 1977	Senator für Justiz
<b>Staak, Werner</b> 1974 - 1980	Senator für Inneres
<b>Nölling, Dr. Wilhelm</b> 1974 - 1982	Senator für Gesundheit Wirtschaft Finanzen
<b>Steinert, Jürgen</b> 1974 - 1987	Senator für Wirtschaft Finanzen

<b>Elstner, Helga</b> 1976 - 1984	Senatorin für Gesundheit
<b>Meyer, Gerhard</b> 1977 - 1978	Senator für Justiz
<b>Dahrendorf, Frank</b> 1978 - 1979	Senator für Justiz
<b>Lange, Volker</b> 1978 - 1988	Senator für Bau Wirtschaft Inneres
<b>Curilla, Wolfgang</b> 1978 - 1993	Senator für Bezirksangelegenheiten Naturschutz und Umwelt Justiz Finanzen
<b>Leithäuser, Eva</b> 1979 - 1986	Senatorin für Justiz
<b>Ehlers, Jan</b> 1980 - 1988	Senator für Arbeit, Jugend und Soziales
<b>Pawelczyk, Alfons</b> 1980 - 1988	Senator für Inneres
<b>König, Jörg</b> 1983 - 1984	Senator für Finanzen

<b>Kuhbier, Jörg</b> 1983 – 1987	Senator für Bau Umwelt
<b>Maring, Christine</b> 1983 – 1987	Senatorin für Gesundheit Umwelt
<b>Lange, Dr. Rolf</b> 1984 - 1986	Senator für Inneres
<b>Gobrecht, Horst</b> 1984 - 1991	Senator für Finanzen
<b>Wagner, Eugen</b> 1987 - 2001	Senator für Bau
<b>Kiausch, Elisabeth</b> 1987 - 1988	Senatorin für Finanzen
<b>Runde, Ortwin</b> 1988 - 1997	Senator für Arbeit, Jugend und Soziales Gesundheit Finanzen
<b>Raab, Rosemarie</b> 1987 - 2000	Senatorin für Schule, Jugend und Berufsbildung

<b>Krupp, Dr. Hans-Jürgen</b> 1988 - 1993	Senator für Finanzen Wirtschaft
<b>Hackmann, Werner</b> 1988 - 1994	Senator für Inneres
<b>Müller, Traute</b> 1991 - 1993	Senatorin für Gleichstellung Stadtentwicklung
<b>Peschel-Gutzeit, Dr. Lore Maria</b> 1991 - 1993 und 1997 - 2001	Senatorin für Justiz
<b>Hajen, Prof. Dr. Leonhard</b> 1991 - 1997	Senator für Wissenschaft und Forschung
<b>Vahrenholt, Dr. Fritz</b> 1991 - 1997	Senator für Umwelt
<b>Zumkley, Peter</b> 1991 - 1997	Bevollmächtigter Hamburgs beim Bund
<b>Weiss, Dr. Christina</b> 1993 - 2001	Senatorin für Gleichstellung Kultur
<b>Mirow, Dr. Thomas</b> 1993 - 2001	Senator für Stadtentwicklung Wirtschaft

<b>Fischer-Menzel, Helgrit</b> 1993 - 1998	Senatorin für Arbeit, Gesundheit und Soziales
<b>Wrocklage, Hartmuth</b> 1994 - 2001	Senator für Inneres
<b>Nümann-Seidewinkel, Ingrid</b> 1997 - 2001	Senatorin für Finanzen
<b>Roth, Karin</b> 1998 - 2001	Senatorin für Arbeit, Gesundheit und Soziales
<b>Pape, Ute</b> 2000 - 2001	Senatorin für Schule, Jugend und Berufsbildung
<b>Scholz, Olaf</b> 2001	Senator für Inneres

**SPD-Bürgerschaftsabgeordnete seit Oktober 1946  
(1. Wahlperiode)**

<b>Name</b>	<b>Wahlperiode</b>
Ackermann, Andreas	10 - 11
Adam-Ferger, Petra	12 - 15
Ahrens, August	2 - 3
Anders, Lieselotte	2 - 3
Apel, Günter	8 - 9 und 11
Arp, Erich	5 - 7
Aude, Werner	6
Baar, Wolfgang	16
Bädeker, Irene	7
Bakker, Rolf-Peter	15
Barnbeck, Günter	15
Bartels, Bärbel	15
Baumert, Leonhard	14 - 15
Bebert, Paul	1 - 4
Becker, Herbert	3 - 5
Beermann, Eberhard	5 - 6
Behrmann, Walter	7
Bengelsdorf, Henry	1 - 2
Berg, Albert	2 - 4
Bergmann, Paul	1
Berkhan, Karl Wilhelm	3
Bestmann, Tanja	16 - 18

Beyn, Walter	3 - 4
Blechner, Otfried	6 - 7
Blötz, Dieter	6
Boeddinghaus, Sabine	18
Borgner, Otto	1 - 2
Bornhöft, Ralph	13 - 14
Böwer, Thomas	16 - 18
Brandes, Gerhard	1 - 7
Brando, Paul	1
Brandt-Knack, Olga	1 - 2
Brauer, Max	2 - 4
Brecht, Julius	2
Brinkmann, Petra	12 - 18
Brockmüller, Brigitte	16
Brüggemann, Henry	9 - 11
Brunhöver, Walter	6 - 7
Brüning, Dr. Barbara	16 - 18
Büch, Rudolf	1 - 7
Bugdahn, Paul	1 - 1
Burmeister, Kurt	3 - 5
Busch, Arthur	1 - 5
Büscher, Friederike	6 - 8
Buss, Wilfried	17 - 18
Busse, Paul	8 - 15
Caberta y Diaz, Ursula	12 - 14
Christier, Dr. Holger	10 - 17

Christmann, Gerhard	5 - 7
Cords, Ingrid	16 - 18
Curilla, Wolfgang	7 - 15
Dahrendorf, Frank	10 - 11
Dahrendorf, Gustav	1
Damkowski, Marta	1 - 2
Damkowski, Wulf	7 - 11
Danner, Lothar	3 - 4
Dau, Herbert	1 - 8
Daidsen, Heinrich	1 - 2
Dees, Hans-Christoff	18
Degen, Walther	4 - 5
Deibicht, Karl	1
Dethlefs, Friedrich	5 - 7
Dewitz, Hans	4 - 6
Döbertin, Winfried	6 - 7
Dobritz, Werner	12 - 18
Dohnanyi, Dr. Klaus von	10
Dose, Michael	14 - 17
Dräger, Gesine	17 - 18
Dressel, Dr. Andreas	17 - 18
Drews, Albert	1 - 2
Drexelius, Dr. Wilhelm	5 - 7
Drotschmann, Manfred	9 - 12
Dudek, Dr. Walter	1 - 3
Duden, Barbara	14 - 18

Duden, Fritz-Christoph	11 - 13
Duschek, Anton	5
Duysen, Wolfgang	7
Eckelmann, Paul	1
Eckström, Wilhelm	3 - 8
Egloff, Ingo	17 - 18
Ehlers, Jan	8 - 17
Ehrlich, Georg	2 - 7
Eisenbarth, Heinrich	1 - 2
Ellger, Dietrich	14 - 16
Elste, Günter	11 - 15
Elstner, Helga	9 - 13
Endruweit, Franz	4 - 5
Ernst, Britta	16 - 18
Ernst, Christian	1
Fahrenbach, Helmut	4 - 5
Fank, Elke	9 - 14
Feldtmann, Adolf	9
Feser, Hugo	1
Fiedler, Luisa	16 - 18
Finck, Max	1 - 5
Fischbach, Gert	4 - 7
Fischer, Bodo	7 - 9
Fischer, Friederike	4 - 5
Fischer-Menzel, Helgrit	16
Frahm, Helmuth	9 - 11

Fraider, Manfred	10 - 14
Frank, Friedrich	2 - 3
Frank, Günter	9 und 14 - 18
Frank, Harro	8 - 13
Franz, Rudolf	7
Franz, Wolfgang	16 - 17
Freitag, Lutz	10 - 13
Fritz, Bruno	2 - 4
Fuchs, Anke	7
Gawron, Monika	14 - 16
Gehrmann, Carl	1 - 2
Gelberg, Heinz	6 - 7
Glombig, Eugen	4 - 5
Gobrecht, Horst	12 - 14
Gotthardt, Hartwig	6 - 7
Grabbert, Willi	1
Grahl, Paul	4 - 5
Grambow, Dr. Hans-Jürgen	8 - 11
Grosse, Angela	15
Groth, Hans-Jürgen	11
Grund, Uwe	14 - 18
Gühlk, Gerda	6 - 7
Günther, Hedwig	1 - 3
Hackmack, Otto	6 - 8
Hackmann, Werner	14 - 15
Hagemann, Günther	6 - 7

Hajen, Prof. Dr. Leonhard	10 - 13 und 15 - 16
Halfmeier, Gerhild	12 - 15
Hammerschmidt, Werner	8 - 9
Hanno, Johannes	1
Hansen, Bernhard	1
Hansen, Klaus	9
Happersberger, Klaus	3 - 4
Hartmann, Ulrich	7 - 11
Hartnagel, Anke	15 - 16
Hartz, Harry	7 - 8
Hass, Peter	1
Heberlein, Hermann	3, 6 - 7 und 9
Heinrich, Gerhard	14
Heinrich, Jürgen	10 - 11
Heinsen, Dr. Ernst	7
Heinze, Walter	1 - 5
Heise, Wilhelm	1
Henk, Heinz	7
Herbst, Edmund	1 - 3 und 5
Herrmann, Gustav	1
Heß, Friedrich	14 - 15
Hess, Heinz	5
Heuse, Egon	9
Heydorn, Heinz-Joachim	1 - 2
Heyne, Ralf	8 - 9
Hildebrand, Henry	1

Hilgers, Dr. Andrea	16 - 18
Hinze, Reinhardt	8 - 15
Hockenholz, Max	1 - 2
Hoffmann, Helga von	7 - 11
Hoffmann, Reinhard	6 - 8
Hoffmann, Walter	7
Höhne, Adalbert	6 - 8
Holst, Hans-Rainer	8
Holst, Hans-Rainer	8 und 10 - 11
Hoppstock-Huth, Magda	1
Hövermann, Louise	5 - 6
Huppertz, Werner	15
Ibs, Hermann	9
Ilse, Werner	6 - 7
Iseler, Dieter	9 - 11
Issen, Roland	9 - 13
Jahncke, Alfred	5
Jalass, Jan	9 - 13
Jungblut, Theodor	8
Jürgens, Willi	2 - 3
Jürgensen, Nikolaus	1 - 3
Kagerah, Paul	6 - 8
Kahlbohm, Holger	15 - 17
Kalbitzer, Emilie	5 - 6
Kalbitzer, Hellmut	1 und 6 und 9
Kämmerer, Peter	10 - 15

Karotka, Werner	9 - 11
Karpinski, Carl	2 - 4
Karpinski, Paula	1 - 5
Kazamel, Inge	11 - 14
Keilhack, Adolf	4
Keilhack, Irma	6 - 7
Kempa, Hans-Werner	1
Kempf, Harald	7 - 9
Kerlin, Simone	17
Kern, Helmuth	4 - 9
Keskin, Hakki	15
Keßler, Hubert	4 - 5
Keßner, Jonny	5
Kiausach, Elisabeth	7 - 17
Kiéck, Wolfgang	8 - 9 und 11
Kienast, Annie	1
Kienscherf, Dirk	17 - 18
Klabunde, Erich	1
Klarmann, Johann	10 - 14
Kleist, Ingo	9 - 17
Kleist, Joachim	2 - 4
Klempert, Hubert	7
Klooß, Rolf-Dieter	16 - 18
Klose, Hans-Ulrich	7 - 11
Klüting, Günter	7
König, Jörg	8 - 9

König, Walter	1
Kopitzsch, Prof. Dr. Franklin	14 - 16
Köpke, Rolf	15
Kramer, Gerhard F.	6
Kretschmann-Johannsen, Lutz	16 - 18
Krieger, Fritz	1 - 2
Kröger, Berta	1 - 5
Kröger, Klaus	7
Kröger, Dr. Wilhelm	1 - 4
Krön, Siegfried	5 - 7
Kruglewsky-Anders, Lieselotte	2 - 7
Kruse, Hinrich	1
Kues, Holger	9
Kuhbier, Inge-Anke	14 - 15
Kuhbier, Jörg	12 - 13
Kummernuss, Adolph	1
Kutschinski, Hans-Jürgen	6 - 8
Kutz-Bauer, Helga	8
Lahann, Bernhard Klaudius	1
Landahl, Heinrich	2 - 5
Lange, Hermann	2
Lange, Dr. Rolf	9 und 12 - 16
Langmaack, Friedrich	8 - 9
Lein, Gerhard	18
Leithäuser, Eva	10 - 11
Leyding, Hans	1 - 5

Leyding, John	1 - 8
Lockmann, Gertrud	1 - 3
Loewe, Werner	9 - 11 und 13
Loh, Arthur	4 - 5
Lohmann, Ursula	14 - 15
Lohmann, Walter	7 - 11
Lück, Gustav	1
Mandel, Doris	16 - 18
Maring, Christine	9 - 13
Martin, Frauke	8 - 11
Marx, Wolfgang	15 - 16 und 18
Masch, Kurt	1
Matena, August	6 - 8
Matthias, Elfriede	4
Matthiesen, Harro	12 - 13
Meibohm, Helene	4 - 5
Meinecke, Rolf	4 - 5
Meissner, Hans-Joachim	10 - 14
Meister, Caesar	6 und 8
Meitmann, Karl	1
Mellmann, Friedrich	1 - 4
Mellmann, Günter	6
Melzer, Petra	14 - 15
Mertens, Hans-Günter	14 - 15
Mihm, Peter	8
Mohn, Johannes	7

Mohr, Walter	1 - 4
Most, Anneliese	4
Müller, Claus	14 - 15
Müller, Traute	15
Mumme, Helmut	3 - 4
Nack, Helmut	11
Neubauer, Robert	4 - 6
Neuenkirch, Gerhard	1 - 3
Neumann, Johannes	9
Neumann, Michael	16 - 18
Nevermann, Dr. Paul	1 - 7
Niedorff, Ernst	4 - 5
Niese, Rolf	9 - 11
Nordmeier, Hilga	1
Oelze, Fritz	6 - 7
Ollenhauer, Hildegard	4 - 7
Osterhold, Wilhelm	1 - 2
Ostermeier, Elisabeth	1 - 8
Ottke, Annegret	12 - 14
Özoguz, Aydan	17 - 18
Paetz, Heinz-Hermann	9
Pagels, Kurt	4 - 6
Pages, Wolfgang	12 - 13
Pape, Sonja	11
Pape, Ute	12 - 16
Paulig, Oswald	3 - 9

Pawelczyk, Alfons	10 - 14
Peschel-Gutzeit, Dr. Lore Maria	15
Peters, Hans	9 - 13
Petersen, Jens Peter	10 - 15
Petersen, Dr. Mathias	16 - 18
Piske, Hubert	9 und 11
Piske, Maren	14 - 15
Piwon, Monika	14
Pöhls, Walter	5 - 7
Polle, Rolf	14 - 17
Polte, Ruth	14
Prätsch, Kurt	4 - 8
Preuhs, Ursula	12 - 15
Pries, Walter	1 - 3
Pumm, Erhard	14 - 18
Pumm, Günter	8
Quast, Jan	17
Raab, Rosemarie	10 - 16
Raloff, Georg	1 - 5
Randzio-Plath, Christa	12 - 13
Reimer, Edward	6
Reimer, Max	4 - 9
Reimers, Wilhelm	2 - 3
Reinhard, Lothar	8 - 9
Reuß, Christoph	9 - 13
Richter, Johannes	1 - 6

Richter, Reinhard	12 - 14
Riecken, Jan Peter	16 und 18
Riecken, Karl	3 - 6
Rieckhoff, Willy	4 - 6
Riedemann, Klaus	7 - 11
Riez, Uwe	9 - 13
Rischbieter, Franz	1 - 2
Rocksien, Jens	15 - 16
Roepert, Wilhelm	12 - 14
Rogalski-Beeck, Karin	15 - 18
Ropers, Wilhelm	1
Rosenfeldt, Jenspeter	17 - 18
Roß, Frieda	1 - 6
Ruhnau, Heinz	5 - 8
Rumpel, Erich	8 - 13
Runde, Ortwin	8 - 9 und 14 - 16
Saalfeld, Hans	6 - 13
Saalfeld, Rudolf	3
Sachs, Michael	9 - 11
Saßmann, Herbert	7
Schaal, Dr. Monika	16 - 18
Schade, Renate	12 - 15 und 17
Schäfer, Erhard	11
Schäfer, Dr. Martin	16 - 18
Schaumann, Emmy	1 - 2
Schefe, Hans	9 - 16

Scherweit-Müller, Heidemarie	14 - 17
Scheunemann, Hermann	9 - 11 und 13 - 14
Scheurell, Wolf-Dieter	14 - 17
Schiller, Dr. Karl	2 - 3
Schilling, Elisabeth	15 - 16
Schlankardt, Margrit	13 - 15
Schmedemann, Walter	2 - 6
Schmidt, Horst	16
Schmidt, Jürgen	16 - 18
Schmidtchen, Friedrich	1 - 3
Schmitt, Friedrich	1 - 2
Schnelle, Heinz	9 - 13
Scholz, Heinz	6 - 8
Schöne, Irene	9
Schönfelder, Adolph	1 - 4
Schramm, Johann	1
Schroeder, Otto	1 - 2
Schümann, Bodo	8 - 11
Schult, Hans-Erich	7
Schulz, Peter	5 - 11
Schulz, Rüdiger	15 - 18
Schult, Wolfgang	10 - 12
Schwarz, Karl	7
Schwieger, Otto	5 - 7
Seeler, Dr. Hans-Joachim	6 - 9
Seeler, Ingrid	8 - 11

Selk, Michael	12 - 15
Sellmer, Louis	1 - 3
Selpin, Ludwig	1
Siegmund, Birgit	11 - 13
Silberbach, Manfred	9 - 14
Sönnichsen, Hermann	1 - 3
Springborn, Norbert	9
Staak, Werner	7 und 9
Stapelfeldt, Dr. Dorothee	12 - 18
Steffens, Erna	1
Stein, Helmuth von	5
Steinert, Jürgen	9 - 11
Steinfeldt, Heinrich	1 - 3
Stöckl, Dr. Ingrid	17
Stoll, Gerhardt	2 und 4 - 5
Strutz, Karl	1 - 7
Tannert, Gerhard	7
Tarnowski, Wolfgang	8
Taschenberger, Gerhard	14 - 15
Tessloff, Ernst	1 - 3
Thiele, Otto	5
Thiele, Wilma	5 - 6
Thiemann, Erich	2
Thoma, Max	1 - 3
Timmermann, Karin	18
Tobaben, Georg	6 - 8

Töde, Günter	8
Toelge, Max	5
Tormin, Walter	6 - 8
Truckenmüller, Cäsar	5
Turkat, Andreas	14
Umbach, Detlef Gerhard	15
Urbanski, Silke	16
Veit, Carola	18
Vittinghoff, Karl	3 - 6
Vogel, Renate	14 - 16
Vogt-Deppe, Silke	18
Voigt, Paula	5
Voigt, Uwe	11 und 13 - 14
Voscherau, Dr. Henning	8 - 15
Waedow, Walter	1
Wagener, Raimond	6 - 8
Wagner, Erna	2 - 6
Wagner, Eugen	9 - 17
Wagner, Josef	1
Walner von Deuten, Charlotte	3 - 5
Walther, Carmen	16
Walter, Wilhelm	4 - 6
Weber, Riekje	14
Wehnert, Wolf-Gerhard	17
Weichmann, Elsbeth	4 - 7
Weichmann, Prof. Dr. Herbert	5 - 7

Weidt, Helmuth	1
Weiland, Gerd	7 - 15
Weinrich, Werner	9 - 13
Weise, Helga	14 - 16
Weiß, Claus-Erich	9
Weiß, Ernst	1 - 9
Weißhaar, Hans	4 - 5
Westendorf, Fritz	4
Westendorf, Paula	1 - 2
Wichelmann, Heinrich	1 - 4
Widderich, Heiner	9 - 11
Wiebusch, Klaus	2 - 5
Winkelbauer, Adolf	2 - 6
Witte, Willi	14 - 16
Wöhrmann, Margarethe	1
Woisin, Erika	15 - 16
Woost, Thea	11 - 13
Wujciak, Rainer	13
Wulff, Irma	9
Ziemer, Willy	5 - 6
Zimmermann, Uwe	8
Zuckerer, Walter	15 - 18
Zumkley, Peter	15

## **Wahlperioden ab 1946**

<b>Wahlperiode</b>	<b>Von - Bis</b>	<b>Wahltag</b>
Ernannte Bürgerschaft	27.02.1946 - 30.10.1946	
1. Wahlperiode	1946 - 1949	13.10.1946
2. Wahlperiode	1949 - 1953	16.10.1949
3. Wahlperiode	1953 - 1957	01.11.1953
4. Wahlperiode	1957 - 1961	10.11.1957
5. Wahlperiode	1961 - 1966	12.11.1961
6. Wahlperiode	1966 - 1970	27.03.1966
7. Wahlperiode	1970 - 1974	22.03.1970
8. Wahlperiode	1974 - 1978	03.03.1974
9. Wahlperiode	1978 - 1982	04.06.1978
10. Wahlperiode	1982 - 1983	06.06.1982
11. Wahlperiode	1983 - 1986	19.12.1982
12. Wahlperiode	1986 - 1987	09.11.1986
13. Wahlperiode	1987 - 1991	17.05.1987
14. Wahlperiode	1991 - 1993	02.06.1991
15. Wahlperiode	1993 - 1997	19.09.1993
16. Wahlperiode	1997 - 2001	21.09.1997
17. Wahlperiode	2001 - 2004	23.09.2001
18. Wahlperiode	2004 - 2008	29.02.2004

## Wahlergebnisse (SPD)

Wahlperiode	Prozent	Mandate	Stimmen
1. Wahlperiode	43,1%	83	329.749
2. Wahlperiode	42,8%	65	337.697
3. Wahlperiode	45,2%	58	455.402
4. Wahlperiode	53,9%	69	553.390
5. Wahlperiode	57,4%	72	567.793
6. Wahlperiode	59,0%	74	558.754
7. Wahlperiode	55,3%	70	554.455
8. Wahlperiode	44,9%	56	469.656
9. Wahlperiode	51,5%	69	493.340
10. Wahlperiode	42,7%	55	408.261
11. Wahlperiode	51,3%	64	530.117
12. Wahlperiode	41,7%	53	400.402
13. Wahlperiode	45,0%	55	442.670
14. Wahlperiode	48,0%	61	393.414
15. Wahlperiode	40,4%	58	341.688
16. Wahlperiode	36,2%	54	298.218
17. Wahlperiode	36,5%	46	310.362
18. Wahlperiode	30,5%	41	251.441